

sozial

A stack of brown cardboard folders and papers is shown against a light pink background. A white, fluffy rabbit tail is visible, sticking out from between the folders. The folders are stacked in a slightly irregular manner, with some papers protruding from the sides. The overall composition is clean and modern.

Die Macht der Akten

Was Bürokratie in der
Sozialen Arbeit auslösen kann

Seite 10



EDITORIAL

Von der Suche nach Büro 146 und anderen fatalen Amtsgängen

«Är isch vom Amt ufbotte gsy, am Fritig vor de Nüne ...» – Bestimmt haben viele von Ihnen Mani Matters Ballade noch genauso im Ohr wie ich. Ein Mann hat im Büro 146 zu erscheinen, sonst droht eine Strafe. Bereits eine halbe Stunde vor dem Termin steht er am Haupteingang. Er will pünktlich sein. Er will alles richtig machen. Doch dann beginnt sein Unglück: Treppe hoch, nach rechts, langer Gang, rechts, geradeaus, zurück, links, um die Ecke, weiter, weiter. Bis er konstatieren muss: «Jetzt weis i nümme won'i schtah!»

Das Crescendo aus Verzweiflung und Machtlosigkeit, wie Menschen es bei Amtsgängen bisweilen erfahren, berührt mich stets, wenn ich dieses Lied höre. Was bürokratische Vorgaben und Prozesse bei Klient:innen der Sozialen Arbeit auslösen können, wie sie zu Opfern von Behörden werden oder aber sich dagegen wehren, beschreibt Dozent Michael Herzig in seinem Essay (S. 10).

Von einem anderen Fall von Bürokratie, die ihren eigentlichen Anliegen nicht nachkommt, lesen Sie ab Seite 24. Es geht um Adoptionen von Kindern aus dem Ausland. Der Bund hatte ZHAW-Forschende mit der Analyse von Dokumenten aus zehn Herkunftsländern beauftragt. Nun zeigt sich: Es gibt zahlreiche Hinweise auf gefälschte oder fehlende Dokumente und sogar Kinderhandel.

Was geschehen ist, lässt sich nicht rückgängig machen. Aber es lässt sich aufarbeiten. Es *muss* aufgearbeitet werden. Nur so können wir lernen – in der Hoffnung, es zukünftig besser zu machen.

Impressum

HERAUSGEBERIN
ZHAW Soziale Arbeit
Pfungstweidstrasse 96
Postfach, 8037 Zürich

REDAKTION
Regula Freuler (Leitung); Andrea Koch,
Notice Design, Zürich (Gestaltung);
Tobias Laukemper (Bild).

Autor:innen dieser Ausgabe:
Martin Biebricher, Rahel Bühler, Sergio
Gemperle, Katja Girschik, Fiona Gisler,
Michael Herzig, Alexander Knoll, Noëmi
van Oordt, Mirko Plüss, Nadja Ramsauer,
Daniela Reimer, Ursina Salzgeber.

ADRESSÄNDERUNGEN
zhaw.ch/sozialearbeit/adressaenderung

KOSTENLOS ABONNIEREN
zhaw.ch/sozial-abonnieren

ABBESTELLEN
adressverwaltung.sozialearbeit@zhaw.ch

DRUCK UND AUFLAGE
Schmid-Fehr AG, Goldach;
21000 Exemplare; erscheint
zweimal jährlich.

Auf FSC-zertifiziertem Papier
klimaneutral gedruckt in der Schweiz.

zhaw.ch/sozialearbeit



Herzlich,
Frank Wittmann
Direktor ZHAW Soziale Arbeit



Bürokratie ist ein Balanceakt der Macht.
Seite 10



Auslandsadoptionen: Verdacht auf Kinderhandel
Seite 24



«Papiflüsterer» Marcel Kräutli
Seite 28



Zürich Sozial zeigt Trends.
Seite 22

FORSCHUNG — STUDIUM — PRAXIS

6 **Gesucht: Vorzeigefamilie**

Beim Vermitteln von Pflegeeltern lassen sich Fachpersonen oft von traditionellen Vorstellungen leiten. Das macht die Suche schwierig.

9 **Aus Fehlern lernen**

Jede:r von uns macht sie, dennoch schämen wir uns für sie. Dabei helfen Fehler, im Leben weiterzukommen.

10 **Die Macht der Akten**

Die Geschichte der Sozialen Arbeit ist voller Beispiele für bürokratische Machtausübung. So wie die Kindswegnahmen im Projekt «Kinder der Landstrasse».

16 **Jung, unbegleitet, vulnerabel**

«Mineurs non accompagnés» werden nicht gleich behandelt wie Schweizer Kinder und Jugendliche. Das sollte sich ändern.

22 **Soziale Trends**

Zürich Sozial: ein Barometer für das Zürcher Sozialwesen

24 **Pseudo-Waisen**

Trotz Wissen der Behörden wurden von den 1970ern bis in die 1990er Kinder aus dem Ausland unter ungeklärten oder illegalen Umständen in die Schweiz adoptiert.

RUBRIKEN

- 4 **NOTIERT**
Neues aus dem Departement Soziale Arbeit
- 16 **INTERVIEW**
mit Mirjam Schlup und Dirk Baier über Strafjustiz und die Null-Risiko-Gesellschaft
- 28 **ALUMNI**
Bachelorabsolvent Marcel Kräutli ist einer der wenigen Väterberater in der Schweiz
- 29 **SOZIPEDIA**
Eine Kolumne über Fachbegriffe auf Abwegen
- 30 **INTERNATIONAL**
von Ursina Salzgeber über Jugendhilfe in Hamburg
- 31 **VERANSTALTUNGEN**
- 32 **CARTOON**
von Lawrence Grimm

BUCHPUBLIKATION

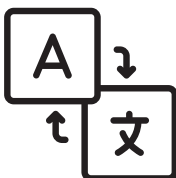
Gewalt in der häuslichen Pflege

Ältere Menschen sind statistisch gesehen zwar weniger von Gewalt betroffen als jüngere Menschen. Aber je pflegebedürftiger und abhängiger sie von der Hilfe anderer sind, desto grösser ist das Risiko, dass sie zu Opfern werden. In ihrem neuen Buch «Gewalt in der häuslichen Pflege» (Kohlhammer-Verlag) bietet Dozentin und Projektleiterin Barbara Baumeister das nötige Handlungswissen und Werkzeuge für die Praxis von Sozialarbeitenden der Gerontologie, um Missstände zu erkennen beziehungsweise ihnen vorzubeugen. Die Autorin liefert eine Begriffsklärung für häusliche Gewalt, geht auf Ursachen und Risikofaktoren ein und leuchtet in Fallbeispielen Konfliktmuster und die oftmals belastende Situation von pflegenden Angehörigen aus. Literatur und Adressen von Beratungsstellen runden den Band ab.

FORSCHUNGSPROJEKT

Sag's per App

«Communication is key»: Kommunikation ist der Schlüssel zum Erfolg – besonders in Krisensituationen. Sprechen Akteur:innen unterschiedliche Sprachen, wird es umso herausfordernder. Übersetzungsapps können da helfen. Wie gut sind solche Tools, wenn es um die verbale Kommunikation in wenig geläufigen Fremdsprachen zwischen Geflüchteten und Angehörigen von Behörden, NGOs oder dem Bildungswesen geht? Das untersuchten Forscher:innen der Departemente Soziale Arbeit und Angewandte Linguistik im Projekt «Machine Translation (MT) in Crisis Communication». Die Hauptbefunde: 1. Voraussetzung fürs Gelingen ist ein breites und qualitativ gutes Sprachangebot. 2. Sprach-Apps brechen die Machthierarchie zwischen Behörden beziehungsweise Sozialarbeitenden und Geflüchteten auf.



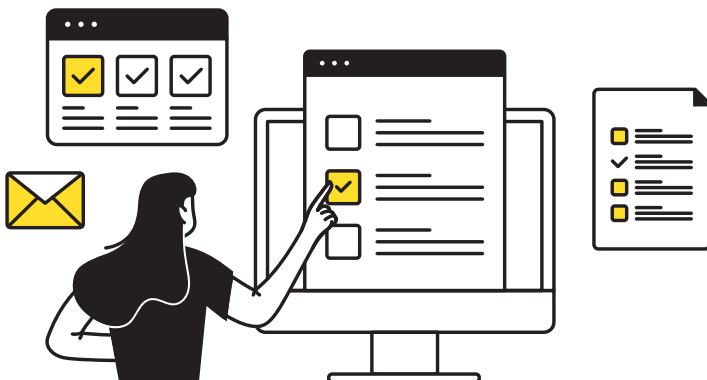
ENTWICKLUNGSPROJEKT

Beteiligungskultur in Alterssiedlungen fördern

Fragt man Schweizer:innen, was ihnen im Leben wichtig ist, lautet eine der ersten Antworten stets: gute zwischenmenschliche Beziehungen. Damit ihnen dieser Wunsch erfüllt wird, sind viele ältere Menschen auf ein gutes Nachbarschaftsleben angewiesen, das sie mitgestalten und mitbestimmen können. In Alterssiedlungen kann das Gemeinschaftsleben von Fachpersonen gezielt gefördert werden, etwa von Wohn- und Siedlungsassistenten, aber auch von Immobilienverwaltungen. Für diese Fachpersonen haben Barbara Baumeister, Sylvie Johner-Kobi und Kushtrim Adili vom Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe unter dem Titel «Gemeinsam statt einsam» einen Leitfaden zusammengestellt. Er basiert auf den Erkenntnissen aus ihrem Entwicklungsprojekt «Gemeinsame Förderung einer Beteiligungskultur in Alterssiedlungen», das von der Age-Stiftung finanziert wurde. Der Leitfaden enthält grundlegende Informationen, konkrete Tipps für die Umsetzung, Materialien und weiterführende Links. Er kann in der ZHAW Digitalcollection kostenlos heruntergeladen werden.

Erste Studie zu Hate Crime in der Schweiz

Eine 2023 erschienene Studie hat erstmals repräsentativ erhoben, wie häufig Menschen in der Schweiz von vorurteilsmotivierter Kriminalität, sogenannter Hate Crime, betroffen sind. Dabei wurden die Studienteilnehmenden gefragt, ob das erlebte Delikt im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit der Person zu einer bestimmten Gruppe – wie Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexuelle Orientierung – stand. Von den 15 519 Befragten berichteten 3,4 Prozent, im Jahr zuvor einen Übergriff aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit erlebt zu haben; Beleidigungen waren am häufigsten. In gut 40 Prozent der Fälle geschah der Übergriff aufgrund der Herkunft, gefolgt von 17,7 Prozent aufgrund des Geschlechts und fast gleich oft aufgrund des Aussehens. Diese Auswertungen stammen aus dem Crime Survey 2022, der im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz durchgeführt wurde. Die Opferbefragung – die bisher umfangreichste in der Schweiz – wurde vom Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der ZHAW Soziale Arbeit und der Universität St. Gallen durchgeführt. Die Befragung zeigt auch positive Entwicklungen seit der letzten Erhebung im Jahr 2015: Über acht von zehn Personen fühlen sich in der Schweiz sicher.



DIE ZAHL

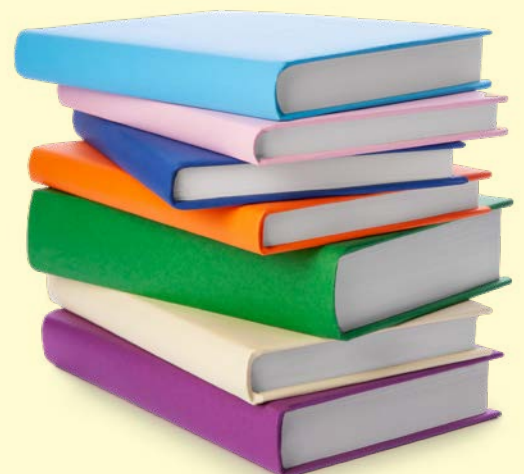
2,9 %

So viel betrug die Sozialhilfequote 2022. Es ist das tiefste Niveau seit der ersten Publikation der Sozialhilfeempfängerstatistik 2005.

Quelle: Bundesamt für Statistik

Literatur nicht als Strafe, sondern als Chance

Sozialstunden sind eine gängige Strafmassnahme im Jugendstrafrecht. In der Regel handelt es sich dabei um gemeinnützige Tätigkeiten wie Reinigungsarbeiten im öffentlichen Raum. Unter dem Motto «Bücher statt Besen» lancierte die Hochschule München vor über zehn Jahren eine Alternative: ein Leseprojekt mit Studierenden für delinquente Jugendliche. Es wird bis heute erfolgreich durchgeführt. Die Idee dahinter: Die Lektüre und die Diskussion von Romanen geben Denkanstösse und fördern sprachliche, kognitive, empathische und reflexive Fähigkeiten. Zudem werden Kreativität und Selbstvertrauen aufgebaut – beides Ressourcen, die man im Alltag benötigt. Nun hat ein Team der ZHAW Soziale Arbeit das Leseprojekt erstmals für die Schweiz adaptiert. Es umfasste die Lektüre als Leseleistung, bei welcher ein Jugendlicher mit einer oder einem Studierenden im Auftrag der Jugendanwaltschaft einen selbstgewählten Roman in mehreren Treffen durcharbeitete. Zudem gab es Diskussionsrunden in freiwilligen Lesegruppen in Jugendheimen, angeleitet von Studierenden. Die Evaluation zeigt: Sowohl für die teilnehmenden Jugendlichen wie auch für die Studierenden ist Lesen ein grosser Gewinn und das «Peerssetting» fördert eine intensive Auseinandersetzung. Finanziert wurde das Projekt durch das interne Förderprogramm «Soziale Arbeit der Zukunft».





Mami, Papi und Kind – oder ganz anders

Plätze für Pflegekinder zu finden, ist nicht einfach. Das hat auch mit einer traditionellen Vorstellung von Familien, wie es sie heute immer seltener gibt, zu tun.

Text: DANIELA REIMER, NOËMI VAN OORDT und ALEXANDER KNOLL
Illustration: INA JANG

Mutter, Vater, Kinder, schweizerisch, christlich, Mittelschicht, ländlich, guter Leumund. Er ist erwerbstätig, sie erledigt den Haushalt und schaut zum Nachwuchs: So sah das traditionelle Familienbild hierzulande lange Zeit über aus. Das hat die Pflegekinderhilfe stark geprägt. Jedoch ist es auch eine Form von Familie, die heute immer seltener anzutreffen ist. Es verwundert daher nicht, dass es schwierig ist, Pflegefamilien zu finden – obwohl der Bedarf an solchen Plätzen hoch ist.

Allerdings zeigt sich, dass sich die Pflegekinderhilfe für andere Familienformen und -bilder öffnet. So gibt es in der Schweiz mittlerweile alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Pflegeeltern, solche mit Migrationshintergrund oder Pflegefamilien mit Verwandten. Diesen Prozess beobachten und beglei-

ten wir als Forschende, zuletzt in der vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Studie «Bilder der Pflegefamilie». Diese hatte zum Ziel, zu verstehen, wie sowohl traditionelle wie auch aktuelle Bilder auf die Kooperationsprozesse in der Pflegekinderhilfe wirken. Um das Thema breit zu untersuchen, führten wir in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz Gruppendiskussionen mit Fachpersonen der Pflegekinderhilfe durch. Die Befragten arbeiteten in Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, bei Dienstleistungsanbietern in der Familienpflege (DAF) und Fachverbänden oder sind Beistandspersonen. Darüber hinaus interviewten wir Pflegefamilienmitglieder, das heisst: Pflegekinder, -mütter und -väter sowie leibliche Kinder in Pflegefamilien. Ausserdem recherchierten und analysierten

wir Zeitungsartikel aus der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz zum Thema. In den Gruppendiskussionen zeigte sich, dass Fachpersonen ein Idealbild von Pflegefamilien haben, das den eingangs genannten traditionellen Vorstellungen entspricht. Zusätzlich erwarten sie, dass die Pflegefamilien gut mit ihnen zusammenarbeiten und kommunizieren, bildungsbürgerliche Werte leben und generell offen eingestellt sind. Die Erwartungen geben Fachpersonen offenbar eine Sicherheit, Pflegekinder an einem guten Ort zu platzieren.

In den Diskussionen wurde jedoch auch deutlich, dass diese Idealbilder zunehmend von der Realität abweichen. Mit anderen Worten: Die Gesellschaft und damit die Pflegefamilien sind eigentlich vielfältiger. So berichten Fachpersonen von Pflegefamilien, die in nicht traditionellen Familienmodellen leben und nur teilweise den Anforderungen und Idealen entsprechen, dass diese beispielsweise weniger kooperativ seien als von ihnen idealerweise erwartet werde. Diese Differenz deutet auf Spannungsfelder hin und macht blinde Flecken sichtbar. Auffällig ist, dass Verwandtenpflegefamilien in den Gruppendiskussionen kaum im Fokus der Fachpersonen standen. Dies, obwohl sie in vielen Kantonen einen grossen Anteil aller Pflegefamilien ausmachen, in den Kantonen Zürich und Bern beispielsweise sind es rund 40 Prozent. Auch Familien mit Migrationshintergrund wurden kaum erwähnt.

Pflegemütter leisten viel

In den Einzelinterviews mit den Pflegefamilienmitgliedern trafen wir sehr unterschiedliche Familien an: solche mit traditioneller Rollenverteilung, ein gleichgeschlechtliches Paar, alleinerziehende Pflegemütter, berufstätige Pflegemütter oder solche, die ihren Wiedereinstieg in den Beruf planen. Auch Grosseltern waren darunter, die zu Pflegeeltern geworden sind. Ausserdem lernten wir Familien kennen, für die das Pflegefamiliensein ein Beruf oder eine Berufung ist, und andere, die als Pflegefamilie eine «normale» Familie sein möchten. Manche Pflegefamilien wün-

In den Medien werden Pflegefamilien und -kinder oft zugespitzt dargestellt: ländlich-traditionell beziehungsweise als Opfer oder besonders Resiliente.

schen sich, dass ihre Pflegekinder mehr Zeit in der Kita beziehungsweise im Hort verbringen könnten, anderen ist es wichtig, selbst viel Zeit mit den Kindern zu Hause zu verbringen.

Drei grosse Themen zogen sich durch sämtliche Interviews: Erstens stellten wir fest, dass vor allem die Pflegemütter viel im Familienalltag leisten. Sie werden einerseits dafür gelobt und es wird anerkannt, dass sie der traditionellen Mutterrolle (weitgehend) entsprechen. Andererseits erleben sie hohe Erwartungen und Ansprüche, die bisweilen als überfordernd erfahren werden können. Zweitens verstehen sich Pflegefamilien teils als professionelle Sozialpädagog:innen, die temporär für ein Pflegekind sorgen, teils als Familien, die dem Pflegekind dauerhafte familiäre Zugehörigkeit bieten. Und drittens fiel auf, dass das Gelingen des Alltags stark davon abhängt, inwieweit die leiblichen Kinder von Pflegeeltern die Integration des Kindes und ihre Eltern unterstützen und Rücksicht nehmen auf die Besonderheiten der Familiensituation.

Pflegekinderhilfe wandelt sich

Vieles von dem, was wir in Gruppendiskussionen hörten, wiederholte sich in den von uns analysierten Medientexten, bisweilen in zugespitzter Weise. Neben Berichten über die Strukturen der Pflegekinderhilfe und Skandalgeschichten über Behördenmissstände und Missbrauch vermischen sich in Medienberichten immer wieder professionelle und private Aspekte des Pflegefamilien-Seins. Die Familien wurden auch in den Berichten meist ländlich-traditionell gezeichnet, häufig wird ihnen implizit oder explizit die Rolle zugewiesen, dem Pflegekind einen positiven emotionalen Rahmen zu geben. Pflegekinder wurden unterschiedlich dargestellt: bald als Opfer, bald als spätere Straftäter:innen, bald als besonders Resiliente, die es geschafft haben, trotz schwieriger Erfahrungen ein gelingendes Leben zu führen.

Mit unserem Forschungsprojekt erarbeiteten wir Grundlagenwissen über die Pflegekinderhilfe der Schweiz, das die Differenz zwischen Ideal und Realitäten von Pflegefamilien aufzeigt.

Dabei konnten wir die Wirkungen und Nebenwirkungen von Erwartungen aufzeigen, besonders jene, die an Pflegeeltern gerichtet sind. Ausserdem konnten wir das Spannungsfeld zwischen privater Lebensform und professionellem Anspruch an Pflegefamilien deutlich machen und darlegen, dass es Pflegefamilien gibt, die bislang wenig im Blick der Fachpersonen waren. Dieses Wissen kann nun genutzt werden, um mit Fachpersonen ihre Praxis und Weiterentwicklungsbedarfe zu diskutieren. Drei Workshops führten wir Ende 2023 und Anfang 2024 durch. Dabei ging es um die Themen Professionalität, Verwandtenpflege sowie Migration und Pflegekinderhilfe. Deutlich wurde dabei: Es tut sich etwas in der Pflegekinderhilfe und es zeichnet sich eine zunehmende Offenheit ab. Die Begleitung von Pflegefamilien mit Verwandten wird als Notwendigkeit erkannt und es wird diskutiert, wie dies gut gelingen kann.

Die Professionalitätserwartungen an Pflegefamilien wurden von Fachpersonen kontrovers diskutiert und der Bedarf an einer gemeinsamen längerfristigen Auseinandersetzung dazu ist offensichtlich. Eine Diskussion darüber, wie Familien mit Migrationshintergrund als Pflegefamilien angesprochen werden können und welche Voraussetzungen für gelingende Platzierungen von Kindern mit Migrationshintergrund gegeben sein müssen, wurde ebenfalls initiiert.

Gemeinsam mit den Projektpartner:innen von «Bilder der Pflegefamilie» – dazu gehören PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz, Bussola AG und die Fachstelle Kinderbetreuung Zentralschweiz – sowie weiteren interessierten Akteur:innen der schweizerischen Pflegekinderhilfe werden wir als Forschende diese Themen in den kommenden Jahren weiter vertiefen. Alles mit dem Ziel, dass Kinder in Pflegefamilien gut aufwachsen können. ✕

DANIELA REIMER ist Dozentin und Forscherin an der ZHAW Soziale Arbeit. Gemeinsam mit ALEXANDER KNOLL und NOËMI VAN OORDT führte sie die vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierte Studie «Bilder der Pflegefamilie» durch.

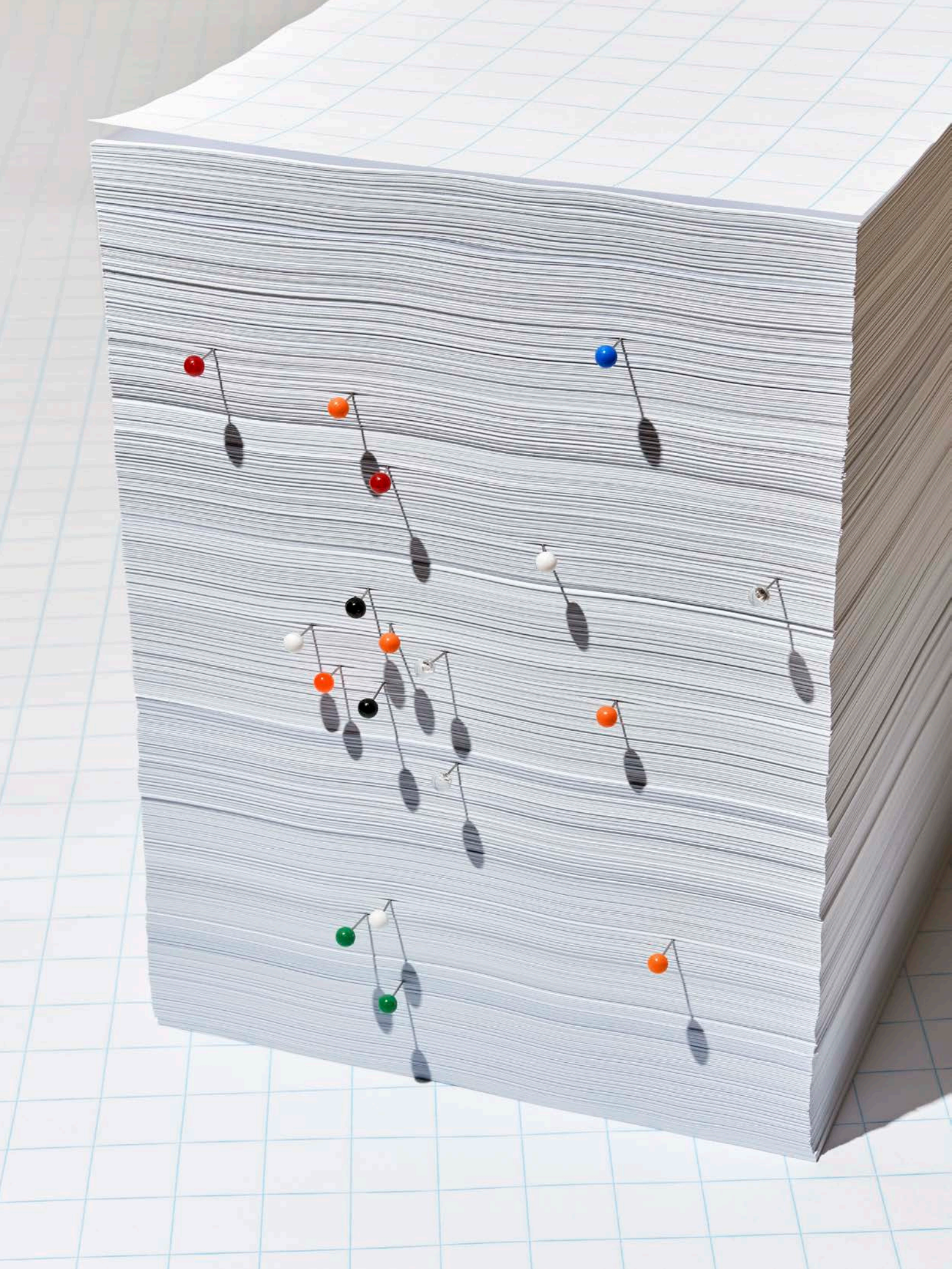




Fehlerkultur: Lernen ist lernbar

Etwas vergeigen. Mist bauen. Einen Bock schiessen. Jede:r von uns kennt kraftvolle Ausdrücke dafür, wenn Fehler passieren. Sie gehören zum Menschsein. Aber nicht jeder Mensch kann gut mit seinen Fehlern umgehen. Die Versuchung ist gross, sie zu kaschieren. Das wiederum sei ein grosser Fehler, findet Michael Herzig. Denn: Fehler sind Chancen, etwas zu lernen. Aus Fehlern lernen zu können, bedeutet, Selbstwirksamkeit zu erfahren. Was gute von schlechten Fehlern unterscheidet, warum Sozialarbeitende besonders Mühe haben mit Fehlern und wie Organisationen aus Pannen etwas lernen können, erklärt der ZHAW-Dozent in zwei neuen Episoden des Podcasts «sozial».





Übernehmt Verantwortung!

Sozialarbeitende haben oft mehr Macht, als sie wahrhaben wollen. Gerade deshalb darf man sich nicht hinter Regeln und Akten verstecken.

Text: MICHAEL HERZIG

Ein Schlüsselerlebnis. Vor etwas mehr als zwanzig Jahren eröffneten wir – das Sozialdepartement der Stadt Zürich, mein damaliger Arbeitgeber – den Treffpunkt t-alk für Alkoholiker:innen. Es war die erste solche Einrichtung in Zürich, die nicht trocken war, unsere Gäste durften Wein und Bier trinken. Ich war der Projektleiter und arbeitete nicht direkt vor Ort, ging aber oft hin. Bei einem dieser Besuche sprach die Betriebsleiterin gerade mit einem Gast. Ein auf der Gasse bekannter «Alki» mit einer Reputation als Schläger. Als ich mich zu den beiden gesellte, musterte mich der Mann von oben bis unten. Meine Erscheinung beeindruckte ihn nicht besonders. «Was ist denn das für ein Hurlibueb?», schnauzte er. «Pass auf», entgegnete die Mitarbeiterin, «das ist mein Chef.»

Was für ein Zauberwort! Weg waren Gassenstolz und Imponiergehabe. Wegradiert von der Information, dass ich über Positionsmacht verfügte, dass ich das Budget des t-alk festlegte, die Hausordnung, die Öffnungszeiten, das Angebot. Dass ich mit einer Mausbewegung am Computer das Dossier unseres Klienten aufrufen und mich in sein Leben hineinklicken konnte, ohne mich mit ihm nach seinen Regeln messen zu müssen. Der Mann sackte in sich zusammen.

Ich habe diese Szene vor Augen, als wäre es gestern gewesen. Trotzdem dauerte es nach diesem Besuch im t-alk noch eine ganze Weile, bis ich mir meiner Macht bewusst geworden war, bis ich sie gezielter und reflektierter einsetzte, und dann noch einmal länger, bis mir klar wurde, dass ich sie auch wieder loswerden konnte, ohne etwas für mich Wesentliches zu verlieren.

Als ich nach meinem Stellenwechsel ehemaligen Klient:innen begegnete, gab es angesichts meiner nun offensichtlichen Machtlosigkeit unterschiedliche Reaktionen. Einige verrieten mir, wie sie mich und meine Mitarbeitenden ausgetrickst hatten, wie sie sich unserer Kontrolle entzogen hatten. Vielleicht hätte mich dies früher geärgert, nun fand ich es lustig. Andere schoben mir alles Mögliche in die Schuhe, wofür ich nun wirklich nichts konnte, die Qualität des Stoffs in der heroingestützten Behandlung beispielsweise. Ein ehemaliger Klient und ein ehemaliger Mitarbeiter berichteten mir von anderen Mitarbeitenden, die mir unterstellt waren und die aus Sicht der beiden ihre Macht missbraucht hatten. Nun, da ich keine Macht mehr hatte, vertrauten sie mir Dinge an, die ich hätte ändern können, als ich noch in der Position dazu war, nur trauten sie mir damals nicht über den Weg – wegen der Macht, die ich hatte. Schade.

Ideologie, Technologie, Bürokratie

Soziale Arbeit basiert auf der ungleichen Verteilung von Machtressourcen und Machtinstrumenten. Ohne Machtunterschiede bräuchte es keine Soziale Arbeit. Sozialarbeitende üben Macht aus, ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht. Paradoxerweise häufig gerade dann, wenn sie versuchen, es nicht zu tun. Wenn sie den eigenen Handlungsspielraum klein reden und auf das Gesetz verweisen, auf Richtlinien, auf Abläufe, auf Standards und auf Weisungen. Was sie in diesen Fällen abzuschütteln versuchen, ist nicht Macht, sondern Verantwortung.

Seit ich Adressat:innen Sozialer Arbeit in Forschungsprojekten befrage und gemeinsam mit



ihnen im Bachelor unterrichte, bekomme ich immer wieder zu hören, wie sich Ohnmacht anfühlt. Wenn jemand bei einer Routineuntersuchung im Spital realisiert, dass das Pflegepersonal Informationen hat, die aus früheren Aufenthalten in der Psychiatrie stammen. Wenn der Gefängnisarzt eine ärztliche Verordnung ignoriert und einen Insassen im Justizvollzug von einem Tag auf den anderen eigenmächtig auf den kalten Entzug setzt. Wenn der Bericht der Hausärztin im Spital gar nicht erst gelesen wird, woraufhin es zu Komplikationen kommt, die auf den Drogenkonsum des Klienten zurückgeführt werden, aber eigentlich Ursache einer Unverträglichkeit sind und hätten vermieden werden können, wäre der Patient ernst genommen und der Bericht gelesen worden.

Negative Erfahrungen mit Ärzt:innen und Pflegepersonal sind kein Zufall, denn die Machtunterschiede sind hier besonders gross. Doch natürlich gibt es auch Erlebnisse aus der Sozialen Arbeit. Manipulative Gesprächsführung. Akteneinträge und Gefährdungsmeldungen, die nicht beschreiben, sondern beurteilen. Vorladungen ohne Begründung. Formulare, die ohne Unterstützung kaum ausgefüllt werden können. Gutachten und Entscheide in pseudowissenschaftlicher «Geheimsprache». Lebensweltferne Bürozeiten. Wartezeiten, Warteschlangen.

Das sind alles Beispiele aus meiner aktiven Berufstätigkeit. In den letzten acht Jahren befasste ich mich aber auch mit sozialarbeiterischem und sogenannten rassehygienischem Machtmissbrauch im 20. Jahrhundert. Daraus entstand das Buch «Landstrassenkind: Die Geschichte von Christian und Mariella Mehr», das kürzlich im Limmat-Verlag erschien. Die beiden waren Opfer der von Pro Juventute initiierten und gemeinsam mit Vormundschaftsbehörden, Sozialämtern und Psychiatrien umgesetzten Zwangsassimilierung von Jenischen. Mit Gewalt sollten sie verbürgerlicht, ihre Kultur sollte ihnen ausgetrieben werden. Zu diesem Zweck wurden Mutter und Sohn entwurzelt und einander entfremdet. Mit Mühe gelang ihnen die Versöhnung gerade noch vor Mariellas Tod im Jahr 2022.

Was mich an dieser Geschichte interessierte, war einerseits die Beziehung zwischen den beiden. Wie sie mit ihren Verletzungen und ihren Traumata umgingen und wie diese sie gleichzeitig verbanden und spalteten. Andererseits wollte ich wissen, wie der Unterdrückungsapparat funktionierte, welche Machttechniken angewandt wurden. Sowohl Christian als auch Mariella Mehr haben massive körperliche Gewalt erfahren und überlebt. Soweit ich dies nachvollziehen konnte, wurde diese Gewalt aber weder von Pro Juventute noch von Behörden

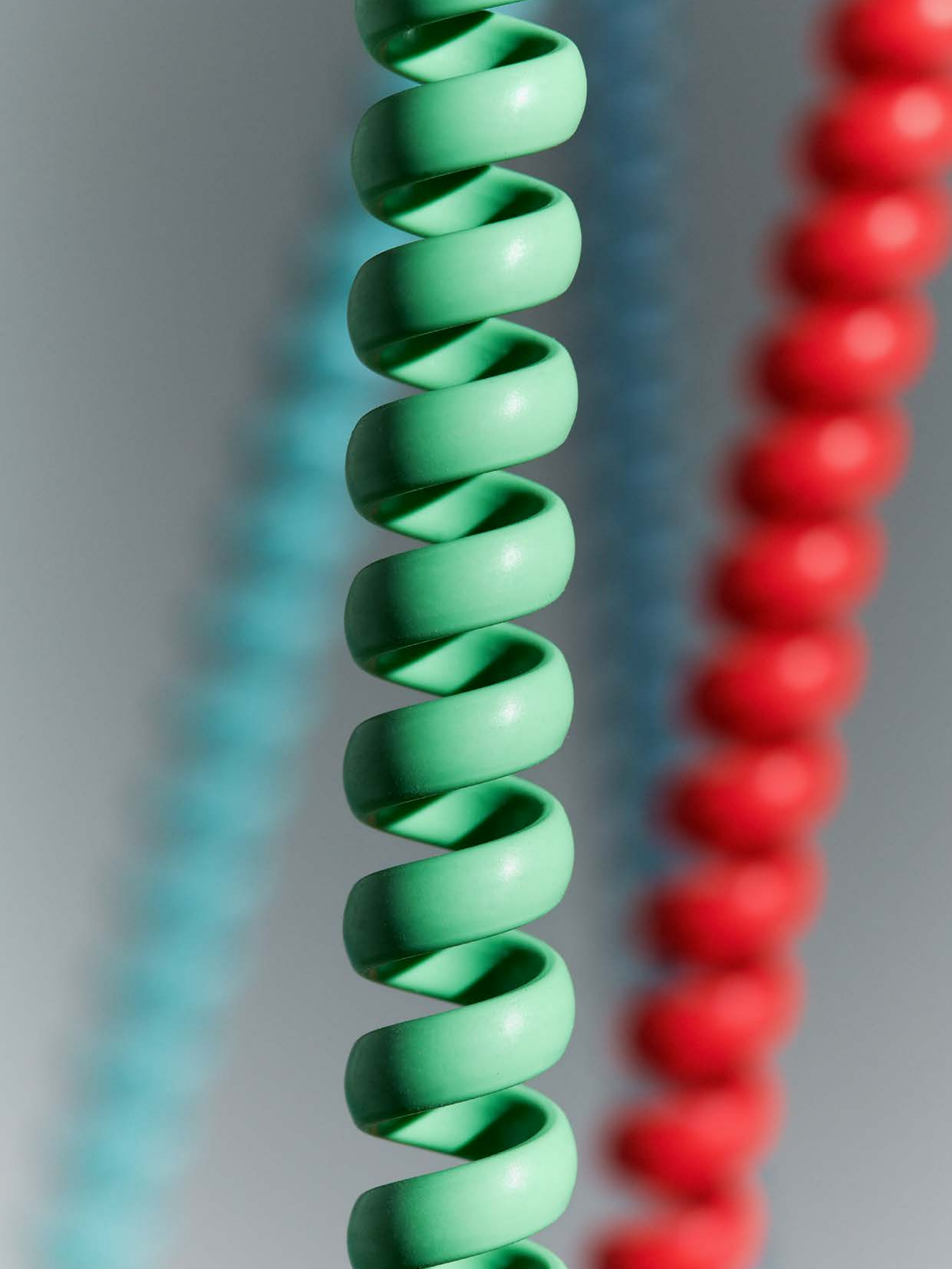
Während des Projekts «Kinder der Landstrasse» waren Jenische in der Schweiz einer unsichtbaren Macht ausgesetzt, die überall und jederzeit zuschlagen konnte.

direkt ausgeübt. Die Übergriffe fanden in den Institutionen statt, die Behördenentscheide umsetzen sollten: Pflegefamilien, Heime, Kliniken, Gefängnisse. In anderen Fällen gibt es Hinweise auf direkte Gewalt von Pro-Juventute-Mitarbeitern. Der Gründer von «Kinder der Landstrasse» wurde in den 1910er-Jahren vor seiner Tätigkeit bei Pro Juventute wegen eines Sexualdelikts verurteilt, sein Nachfolger in den 1960er-Jahren während seiner Anstellung bei Pro Juventute.

Bei meinen Recherchen trieb mich die Frage um, was diese direkte physische Gewalt überhaupt erst ermöglichte. Mittlerweile würde ich sagen, dass es einer mehrheitsfähigen Ideologie bedurfte, einer geeigneten Informationstechnologie zu ihrer Verbreitung sowie eines bürokratischen Verwaltungsapparats zu ihrer Umsetzung. Die Verfolgung der Jenischen wurde in der Schweiz sowohl mit rassistischen als auch mit sozialdarwinistischen und sozialhygienischen Argumenten vorangetrieben. Es war ein Kampf gegen eine Kultur und gegen eine soziale Klasse. Dabei ging es vor allem darum, über die jenischen Frauen und ihre Kinder zu verfügen.

Was die verwendeten Informationstechnologien anbelangt, waren innerhalb des Systems die Akten das Mittel, womit Fakten geschaffen wurden. Wie manipulativ die Täter:innen vorgingen und wie verheerend dies für ihre Opfer war, zeigen Sara Galle und Thomas Meier in ihrem 2009 erschienenen Band «Von Menschen und Akten». Für mein Buch habe ich über tausend Seiten Akten konsultiert. Darin habe ich direkte Lügen gefunden, gezielte Verzerrungen und tendenziöse Darstellungen, deren Wahrheitsgehalt kaum überprüfbar ist. Nach







aussen hin wurde diese Praxis durch Referatstätigkeit legitimiert, durch eigene Publikationen und durch Aussagen in den Medien.

Der Verwaltungsapparat blieb für die Betroffenen weitgehend unfassbar. Sie wussten nicht, wer wann auf Basis welcher Information welchen Entscheid traf. Sie erhielten keine Akteneinsicht, keine Besprechungstermine. Ihre Korrespondenz wurde weder beantwortet noch weitergeleitet. Sie wurden abgewimmelt und angelogen. Sie waren einer unsichtbaren Macht ausgesetzt, die überall und jederzeit zuschlagen konnte.

Macht ohne Verantwortung

Bis heute wurde niemand für die Verwerfungen im Rahmen fürsorgerischer Zwangsmassnahmen zur Verantwortung gezogen. Zwar gab es Entschuldigungen und eine sogenannte Wiedergutmachung in Form eines Geldbetrags, wofür die Betroffenen peinlich genau nachweisen mussten, dass sie auch wirklich genug gelitten haben. Aber niemand wurde belangt, Pro Juventute wurde nicht aufgelöst, nicht einmal eine Namensänderung drängte sich auf.

Wie kann es sein, dass Menschen Gewalt angetan wird, ohne dass die Verantwortlichen bestraft werden? In einem Land, in dem alle paar Jahre Volksinitiativen zur Strafverschärfung lanciert werden? Liegt es am Geld, der Nationalität, dem Geschlecht, der Parteizugehörigkeit? Vielleicht auch. Vor allen Dingen aber liegt es an der Bürokratie.

Die Philosophin Hannah Arendt bezeichnete in ihrem 1970 erschienenen Buch «Macht und Gewalt» die Bürokratie als tyrannischste aller Herrschaftsformen, weil in bürokratischen Systemen niemand zur Verantwortung gezogen werde. Bürokratie sei die «Herrschaft des Niemand». Arendt prägte diesen Begriff unter anderem aufgrund ihrer Erkenntnisse über das Funktionieren des deutschen Nationalsozialismus. Anlässlich des Prozesses von 1961 in Israel gegen Adolf Eichmann, der während des Holocausts Verfolgungen, Vertreibungen und Deportationen geplant und organisiert hatte, sprach Arendt von der «Banalität des Bösen». Sie wollte damit ausdrücken, dass Eichmann ein Schreibtischtäter war, ein mörderisches Instrument innerhalb einer mörderischen Bürokratie, was ihr als Verharmlosung ausgelegt wurde.

Ich finde nicht, dass das Böse seinen Schrecken verliert durch die Erkenntnis, dass es banal sein kann. Mir scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Für Hannah Arendt wird Macht gegeben, nicht genommen. Wer sich Macht gegen Widerstand nimmt, wendet Gewalt an und ist im Grunde genommen machtlos. Macht bedeutet immer auch Verantwort-

Wie kann es sein, dass Menschen Gewalt angetan wird, ohne dass die Verantwortlichen bestraft werden? In einem Land, in dem alle paar Jahre Volksinitiativen zur Strafverschärfung lanciert werden?

tung. Durch Gewalt können sich Menschen ihrer Verantwortung entziehen. Der Bürokratie kommt dabei die Rolle zu, Verantwortung zu diffundieren und Gewalt zu kaschieren.

Bürokratisch getarnte Gewalt

Übertragen wir diese Überlegung auf die Soziale Arbeit, wird es nachvollziehbar, weshalb Menschen auf Regeln, Verfahren und Formulare aggressiv reagieren. Sie begegnen Gewalt mit Gegengewalt. Das Perfide dabei ist, dass die Gegengewalt offensichtlicher ist als die ursächliche Gewalt. Verurteilt und belangt wird daher meistens die Gegengewalt und nicht ihre bürokratisch getarnte Form. Legitim sind sie beide nicht, doch die Schreibtischtäter:innen kommen häufig davon, das System wird selten angetastet.

Wenn Sozialarbeitende Regeln, Verfahren und Formulare restriktiv oder zum Nachteil ihrer Klient:innen anwenden, anstatt den immer auch vorhandenen Handlungsspielraum auszuschöpfen, dann üben diese Sozialarbeitenden bürokratisch getarnte Gewalt aus. Wenn Vorgesetzte über Regeln, Verfahren und Formulare führen anstatt durch partizipative Prozesse, weil diese mühsam sind und Mitarbeitende gute oder sogar bessere Argumente haben, die zu ignorieren bequemer ist, dann üben diese Vorgesetzten bürokratisch getarnte Gewalt aus. Darum mein Appell an Sozialarbeitende, Sozialarbeitsstudierende, Sozialarbeitsdozierende, Sozialmanager:innen und Vorgesetzte: Seien Sie jemand, verstecken Sie sich nicht hinter Regeln, Verfahren und Formularen, üben Sie keine bürokratisch getarnte Gewalt aus. Stehen Sie zu Ihrer Macht und übernehmen Sie Verantwortung! ✕

MICHAEL HERZIG ist Dozent und Projektleiter an der ZHAW Soziale Arbeit. Ausserdem schreibt er Bücher, Drehbücher und spielt in mehreren Bands. Sein neuestes Buch «Landstrassenkind: Die Geschichte von Christian und Mariella Mehr» ist im Limmat-Verlag erschienen.



Unbegleitete Minderjährige haben dasselbe Recht auf Unterstützung wie gleichaltrige Schweizer:innen.

Zwischen Kinderschutz und Asyllogik

So viele unbegleitete minderjährige Asylsuchende wie noch nie gelangen in die Schweiz. Forschende der ZHAW untersuchen, wie ihre Situation verbessert werden kann.

Text: MIRKO PLÜSS

Sie kommen allein, brauchen Schutz und benötigen deutlich mehr als nur Nahrung und ein Dach über dem Kopf: Immer mehr unbegleitete minderjährige Asylsuchende, sogenannte Mineurs non accompagnés, kurz MNA, erreichen die Schweiz. Die meisten von ihnen sind zwischen 13 und 17 Jahren alt und männlichen Geschlechts, sie stammen grossmehrheitlich aus Afghanistan und haben eine lange Reise hinter sich. Über 3000 Jugendliche und Kinder waren es im vergangenen Jahr. Ihre Zahl steigt seit Jahren stetig an. Um zu verstehen, was dies für die Strukturen der Sozialen Arbeit im Asylbereich bedeutet, kann man exemplarisch einen Blick auf den Kanton Zürich werfen. Hier belief sich die Zahl der minderjährigen Asylsuchenden letztes Jahr bis im Dezember auf rund 600 Personen – nicht weniger als eine Verdopplung gegenüber Ende 2022.

Die Situation in der Betreuung der Minderjährigen ist nicht nur in Zürich, sondern gesamtschweizerisch herausfordernd. In den letzten beiden Jahren häuften sich Meldungen zu Missständen in MNA-Einrichtungen. Unter Fachpersonen wuchs die Sorge hinsichtlich ihrer Betreuung und Unterbringung. Sozialarbeitende berichteten von überbelegten Zimmern, fehlenden Rückzugsmöglichkeiten und zu wenig Betreuungs- und Alltagsangeboten für die Geflüchteten. Das Forum für kritische Soziale Arbeit Kriso zitierte im Herbst eine Sozialarbeiterin wie folgt: «Uns fehlte die Zeit, um mit den Jugendlichen pädagogisch zu arbeiten. Eine Folge davon war ein autoritärer Führungsstil. Ich rannte von Notfall zu Notfall.»

Schlechteres Angebot für MNA

An der ZHAW Soziale Arbeit beschäftigt sich die Fachgruppe MNA schon seit mehreren Jahren und im Rahmen diverser Studien und Vernetzungsaktivitäten vertieft mit dem Wohl, den Rechten, der Unterbringung und der Betreuung von MNA. Ziel der Gruppe ist «die Vernetzung von relevanten Akteur:innen inklusive der jungen Menschen selbst, um aus verschiedenen Perspektiven aktuelle Probleme und dringliche Herausforde-

rungen zu benennen». Auf die Bitte verschiedener Fachpersonen hin initiierte die Fachgruppe zudem ein Austauschgefäss für involvierte Akteur:innen rund um das Thema Qualitätssicherung und -entwicklung in der Betreuung und der Unterbringung von MNA. Dies nicht nur angesichts der steigenden Asylgesuche, sondern auch des latenten Fachkräftemangels in dem Bereich.

Eigentlich gelten für unbegleitete Minderjährige die kantonalen Kinder- und Jugendhilfegesetze, die auch bei gleichaltrigen Schweizer:innen Anwendung finden. Laut Fachleuten dürfte es aber gerade wegen der aktuell hohen Asylzahlen immer wieder der Fall sein, dass den MNA bei der Betreuung ein schlechteres Angebot zur Verfügung gestellt wird, als es die Gesetze vorschreiben.

Kantone im Krisenmodus

Die Kantone befinden sich bei der Betreuung von MNA in einem grundsätzlichen Spannungsfeld, sagt Miryam Eser von der ZHAW-Fachgruppe: «Rechtlich gesehen müsste der Kinderschutz im Vordergrund stehen, doch oft überwiegt die Asylogik.» Die Kindes- und altersgerechte Unterbringung und Betreuung sei in vielen Fällen nicht gewährleistet, sagt Eser. Zugänge zu den ausdifferenzierten Angeboten der kantonalen Kinder- und Jugendhilfe gebe es kaum, die Schnittstellen zum Kinderschutz seien nach wie vor in Klärung: «Das führt dazu, dass MNA und Schweizer Kinder und Jugendliche ungleich behandelt werden.»

Neben Miryam Eser, Samuel Keller und Eva Mey gehört auch Andrea Barbara Hartmann der Fachgruppe an. Sie pflichtet Eser bei: «Es findet eine anhaltende Diskriminierung der MNA statt, die weniger Beistand als andere schutzbefohlene Kinder und Jugendlichen von behördlicher Seite erhalten, obwohl die Schweiz klar der Kinderrechtskonvention verpflichtet ist.» Die MNA hätten keine Lobby und damit auch keine öffentliche Stimme. Hartmann spricht einen weiteren Punkt an: «Nachdem 2015 eine Rekordzahl von MNA in die Schweiz gekommen war, hätte man die Jahre danach dazu nutzen

können, das Betreuungssystem für MNA zu verbessern.» Stattdessen seien die Asylstrukturen wieder heruntergefahren worden. Die Folge davon: «Nun mussten viele Kantone erneut im Krisenmodus reagieren und temporär Betreuungspersonal anstellen. Für eine nachhaltige und kinderrechtkonforme Betreuung der MNA bräuchte es – trotz der Volatilität – indes stabile und langlebige Strukturen.» Eser und Hartmann haben sich im Rahmen der Austauschrunden der Fachgruppe MNA auch die Arbeitsbedingungen der Sozialarbeitenden genauer angeschaut. «Der Druck ist sehr gross», sagt Hartmann. «Die Bedingungen sind nicht so, wie es die Profession eigentlich erfordert, doch im Alltag muss man handeln.» Neben verbesserten Bedingungen regt Hartmann an, dass bei der Arbeit mit MNA eine Fallsupervision eingeführt wird: «Das ist sehr wichtig, wenn man mit derart vulnerablen und vorbelasteten Adressat:innen zu tun hat.»

Zurzeit beschäftigt sich die Fachgruppe mit der Qualitätsentwicklung der Angebote in mehreren Kantonen. Zudem arbeitet sie in Kooperation mit dem Zentrum für Migrationsrecht der ZHAW School of Management and Law und der Universität Zürich an einem Postulat zum Kindeswohl im Asyl- und Ausländerverfahren im Auftrag des Bundesrats. Ebenso forscht die Gruppe zum Phänomen der «verschwundenen» Flüchtlingskinder. Schätzungen zufolge werden in Europa über 10 000 unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche vermisst. Das betrifft auch die Schweiz: Laut einer ZHAW-Untersuchung gibt es Hinweise darauf, dass die Anzahl minderjähriger Geflüchteter, die ihre Asylunterkünfte unkontrolliert verlassen und untertauchen, in den letzten Jahren angestiegen ist. Das Phänomen gilt als wenig beleuchtet, obwohl die Minderjährigen aufgrund fehlender finanzieller Mittel und der daraus resultierenden Abhängigkeit von anderen Personen besonders exponiert sind. «Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass für sie nicht dieselben verbindlichen Massstäbe des Kinderschutzes angewandt werden», sagt Andrea Barbara Hartmann. ✕

Schätzungen zufolge werden in Europa über 10 000 unbegleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche vermisst.



MIRJAM SCHLUP

MIT



DIRK BAIER

«Der Strafvollzug ist immer ein Spiegel der Gesellschaft»

Das Rechtssystem steht unter dem Null-Risiko-Druck. Doch um die Rückfallquote von Straftäter:innen zu senken, braucht es nicht härtere Gefängnisstrafen, sondern wirksame Rückfallprävention und das gezielte Nutzen von Ressourcen ab Tag eins in Haft.

Interview: REGULA FREULER Illustrationen: ELISABETH MOCH

Mirjam Schlup, Sie leiten mit Justizvollzug und Wiedereingliederung Zürich eine Behörde, die öfters in der Kritik steht, etwa wegen der starken Zunahme stationärer therapeutischer Massnahmen, bekannter als «kleine Verwahrung». Wie gehen Sie damit um?

MS Mit fachlichen Argumenten und Erläuterungen. Zum Beispiel mit dieser: Eine Massnahme nach Artikel 59 ist eben keine Verwahrung, sondern eine stationäre therapeutische Massnahme. Sie ist auf maximal fünf Jahre befristet und kann – wenn indiziert – verlängert werden. Bei der Verwahrung nach Artikel 64 hingegen kommt das Gericht zum Schluss, dass die Tatperson ein hohes Rückfallrisiko aufweist und nicht therapierbar ist. Es handelt sich um eine sichernde Massnahme ohne zeitliche Befristung.

DB Richtig ist allerdings, dass sich die Verweildauern im Massnahmenvollzug in den letzten Jahren verdoppelt haben.

Eine Verdoppelung der Verweildauer ist markant.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

DB Erstens ist es in den letzten Jahren gelungen, hinter Straftaten liegende Probleme genauer zu identifizieren, also psychische Probleme und Störungen zu diagnostizieren. Zweitens gibt es einen gesellschaftlichen Trend zur Null-Risiko-Gesellschaft. Das ist eine Utopie. Aber man hat Angst, diese Tatsache auszusprechen, und ist stattdessen weniger tolerant bei Entlassungen auf Bewährung.

MS Therapien sind bei den meisten Straftäter:innen wirksam. Bei manchen reichen fünf Jahre zwar nicht, aber man könnte kürzere Verlängerungen in Betracht ziehen. Gerade bei nach Artikel 59 Verurteilten sind wir nach wie vor sehr, vielleicht allzu vorsichtig mit Öffnungsschritten. Öffnungen sind ab einem bestimmten Zeitpunkt wichtig, um die Wiedereingliederung Schritt für Schritt anzugehen. Die Verantwortung, die dabei auf den Schultern der Entscheidungsträger:innen ruht, ist gross. Und wehe, es passiert etwas – dann kann das ganze System kippen.

DB Das zunehmende Sicherheitsdenken hat zur Folge, dass man jetzt über Verwahrung für Jugendliche nachdenkt. Da bin ich dagegen.

Kann man diesem Trend entgegenwirken?

DB Wir müssen klarmachen, was wir Schlechtes anrichten, wenn wir Menschen zu lange in Haft halten. Zum einen ihnen gegenüber, zum anderen gegenüber der Gesellschaft.

«Öffnungen ab einem bestimmten Zeitpunkt sind wichtig, um die Wiedereingliederung anzugehen.»

MIRJAM SCHLUP

Inwiefern?

DB Allein schon deshalb, weil übermässig lange Vollzugsdauern übermässig hohe Kosten verursachen. Die Gelder liessen sich anderweitig besser investieren, etwa in die Prävention.

MS Fast alle Straftäter:innen kommen irgendwann wieder frei. Je länger sie weggesperrt waren, umso schwieriger gestaltet sich die Wiedereingliederung. Der Justizvollzug hat in den letzten 30 Jahren grosse Entwicklungen durchgemacht. Nach einigen tragischen Fällen rückten die Risiken ins Zentrum. Seit einigen Jahren jedoch fokussiert man vermehrt auf die Ressourcen.

Sie sprechen damit ein anderes Thema des Justizvollzugs an, für das Zürich bis vor einigen Jahren

kritisiert wurde: das Regime der Untersuchungshaft.

MS Jacqueline Fehr, die Zürcher Direktorin der Justiz und des Innern, hat 2017 mit dem Reformauftrag an die Untersuchungsgefängnisse einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Das Ziel ist, Ressourcen zu erhalten und Haftschäden zu minimieren – ab Tag eins. Statt 23 Stunden in der Zelle zu sitzen, können sich Inhaftierte heute bis zu acht Stunden am Tag ausserhalb ihrer Zelle aufhalten. Wir richteten einen Gruppenvollzug ein und intensivierten die Angehörigenarbeit. Es gibt Spezialabteilungen wie die Kriseninterventionsabteilung, Arbeits- und Bildungsangebote. Neu sind Besuche mittwochnachmittags möglich, damit Kinder einfacher ihren Elternteil besuchen können. Und wir richteten kindgerechte Besuchszimmer ein.

DB Die Untersuchungshaft ist die schwierigste Haftform für Angehörige. In einer Untersuchung der Situation von Kindern mit einem inhaftierten Elternteil, die wir letztes Jahr im Auftrag des Bundesamts für Justiz durchführ-

MIRJAM SCHLUP leitet Justizvollzug und Wiedereingliederung, das grösste Amt der kantonalen Direktion der Justiz und des Innern. Zuvor war die studierte Umweltnaturwissenschaftlerin Leiterin der Sozialen Dienste der Stadt Zürich.

DIRK BAIER leitet an der ZHAW das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention. Ausserdem hält er eine ausserordentliche Professur ad personam für Kriminologie an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich.



ten, stellten wir fest: Vielerorts dürfen Kinder nur mit grosser Distanz Gespräche mit ihren Vätern führen, kindesgerechte Räume sind die Ausnahme.

MS Mit unseren Reformmassnahmen sollen die Inhaftierten ihre Selbstwirksamkeit erhalten und aufbauen können. Dies dient der besseren Wiedereingliederung in die Gesellschaft – und vor allem auch ihren Familien.

Was sie aufzählen, klingt wie der normale Vollzug.

MS Die Reform der U-Haft bedeutet nicht «anything goes». Sehr viele Schritte werden mit der Staatsanwaltschaft abgesprochen und benötigen ihre Bewilligung. So können die Inhaftierten nicht von Anfang an in den Gruppenvollzug oder Besuch empfangen. Der Tagesablauf ist klar strukturiert, alle müssen sich daran halten.

Was bedeutet der Paradigmenwechsel für die Fachpersonen Justizvollzug?

MS Wir orientieren uns am Konzept der dynamischen Sicherheit des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Justizvollzug. Der Grundgedanke ist, dass die Sicherheit höher wird, wenn Aufseher:innen und Betreuer:innen mit den Inhaftierten stärker in Beziehung treten und ein respektvolles Gefängnisklima gestalten. Der Unterschied ist beeindruckend. Im Untersuchungsgefängnis Zürich haben wir bis zu 130 Inhaftierte gleichzeitig im Gruppenvollzug. Sie können sich frei im Hof und im Haus bewegen. Dabei kommt es nicht zu mehr Vorfällen, als wenn jeder für sich eingeschlossen ist.

Werden diese Reformen wissenschaftlich begleitet?

MS Nein, aber es gibt ausreichend Nachweise in der Forschung, dass besonders restriktive Haftbedingungen schädlich sind und dass die Beziehungsgestaltung und ein wohlwollendes Gefängnisklima zu einer besseren Resozialisierung führen.

DB Man sollte nicht immer nur auf die Wirksamkeit einzelner Veränderungen fokussieren, also ob die Rückfallquote um 3 Prozent fällt oder steigt. Viel sinnvoller ist ein breites Evaluationsverständnis.

Was muss man darunter verstehen?

DB Man muss schauen, was eine Reform mit der ganzen Organisation und mit dem Strafvollzug an sich macht. Eine breite Evaluation bedeutet, aus den Prozessen zu lernen, bei denen alle Beteiligten zusammengebracht werden. Auf

dieser Basis kann man dann einzelne Reformprojekte skalieren, das heisst, bestenfalls im gesamten Schweizer Strafvollzug zur Anwendung bringen.

Seit Oktober 2023 führen die Kantone Zürich und Bern den auf fünf Jahre angelegten Modellversuch Untersuchungshaft durch. Worum geht es dabei?

MS Es wurden sechs Interventionen definiert. Neu gibt es zu Beginn der Haft ein Lebensbereichsgespräch, um vorhandene Ressourcen zu erkennen und diese mit Sofortmassnahmen zu erhalten. Anschliessend begleitet ein interdisziplinäres Case Management aus Sozialdienst, Fachpersonen Justizvollzug und Fachpersonen Gesundheit die inhaftierten Personen durch die Untersuchungshaft. Um die sozialen Ressourcen möglichst zu erhalten, werden Kontakte zu Angehörigen gefördert. Ausserdem testen wir ein neues Tool namens PRI\$MA, ein Anagramm für «Prison Stress Management». Es wurde von der WHO für Menschen auf der Flucht und im Asylbereich entwickelt. Wir haben es auf die Untersuchungshaft adaptiert. Es ist ein Stressbewältigungsprogramm, mit dem die Inhaftierten sich besser steuern lernen, um in Haft weniger psychische Erkrankungen zu entwickeln. Eine weitere Intervention ist das Übergangmanagement, wenn jemand vor der Entlassung steht.

Und für die Fachpersonen Justizvollzug selbst?

MS Das ist Intervention Nummer sechs: Es gibt ein praxisorientiertes Ausbildungsprogramm, bei dem sie die Interventionen kennenlernen und in dynamischer Sicherheit nochmals geschult werden, unter anderem mit Rollenspielen.

DB Sozialarbeitende nehmen einen enorm wichtigen Part ein und setzen viele dieser Interventionen um. Sie sind das Scharnier zwischen Drinnen und Draussen.

Was bedeutet das für die Profession?

DB Ihre Tätigkeiten werden ein Stück weit standardisiert. Daran müssen sich manche Sozialarbeitende erst gewöhnen. Ich begrüsse diese Entwicklung. Man muss aber bedenken, dass es hierfür gut qualifizierte Personen braucht. Ein Bachelorstudium reicht vermutlich nicht unbedingt aus.

Was braucht es?

DB Eine gute Weiterbildung. In unserem CAS Case Management erwerben die Sozialarbei-

tenden spezifische Kompetenzen, wie es sie in Untersuchungsgefängnissen oder im Vollzug braucht.

MS Mit der JuWe-Akademie gibt es bei uns ein internes Weiterbildungsangebot. Ausserdem bietet das Schweizerische Kompetenzzentrum für den Justizvollzug SKJV ein breites und massgeschneidertes Weiterbildungsprogramm. Und dann gibt es eine Reihe von postgradualen akademischen Studiengängen, in denen JuWe-Mitarbeitende unterrichten.

DB Unsere CAS-Angebote waren bisher für Nicht-Fachpersonen ohne Bachelor oder Master wenig offen. Aber das wird sich ändern, weil wir als Fachhochschule versuchen, verstärkt kompetenzbasiert Eingangsprüfungen zu machen.

MS Durch das Konzept der dynamischen Sicherheit rückt der Justizvollzug immer näher an die Soziale Arbeit heran. Was wir ebenfalls feststellen: Durch das neue Berufsbild ziehen wir vermehrt Stellensuchende an, die gerne mit Menschen arbeiten und sich beruflich weiterentwickeln wollen.

All diese Veränderungen setzen den Kooperationswillen von Inhaftierten wie auch flexible Angestellte voraus. Wo stösst man an Grenzen?

MS Es ist anspruchsvoll für Fachpersonen Justizvollzug, den ganzen Tag über Beziehungsarbeit zu leisten.

DB Grenzen solcher Bemühungen sind in der Regel die Ressourcen. Wenn ein Sozialarbeiter mit 30 Inhaftierten Beziehungsaufbau machen muss, kommt er schon arg an seine Grenzen.

MS Natürlich braucht es bei einer solchen Art von Vollzug mehr Ressourcen als früher. Das wird die Herausforderung sein, wenn es darum geht, solche Modelle breit zu etablieren.

Zählt restaurative Justiz auch zu den Reformmassnahmen?

MS Unter dem Begriff lassen sich verschiedene Interventionen entlang der Justizkette subsumieren. Einzelne, etwa Community-basierte Ansätze, erachte ich im Hinblick auf Wiedereingliederung als vielversprechend. Andere hingegen gar nicht. Werden Jugendliche mit Straftäter:innen in Kontakt gebracht, um abzuschrecken, hat das die gegenteilige Wirkung. Das machen wir sicher nicht. Zum Zusammenbringen von Opfern und Tätern, worüber gehäuft in den Medien zu lesen war, liegt wenig Evidenz vor bezüglich Senkung der Rückfallquote.

«Sozialarbeitende im Justizvollzug sind das Scharnier zwischen Drinnen und Draussen.»

DIRK BAIER

Woran liegt das?

DB Um Menschen und ihre Lebensstile oder psychischen Akzentuierungen zu verändern, braucht es mehr als Gespräche zwischen Tatpersonen und Opfern, wie das bei sogenannten restaurativen Zirkeln der Fall ist. Es braucht Training und therapeutische Massnahmen. Da könnte man sich fragen, ob ein Austausch mit Opfern Teil einer solchen Therapie sein könnte und für welche Gruppen von Straftäter:innen. So detailliert ist die Forschung noch nicht. Aber da könnte zukünftig Potenzial liegen.

MS Wenn, dann müsste man diese Fälle sehr sorgfältig auswählen und das Risiko der Retraumatisierung der Opfer mitberücksichtigen. Es ist auf jeden Fall kein einfaches Forschungsfeld.

Und es ist auch politisch riskant, weil es um die Sicherheit der Opfer geht.

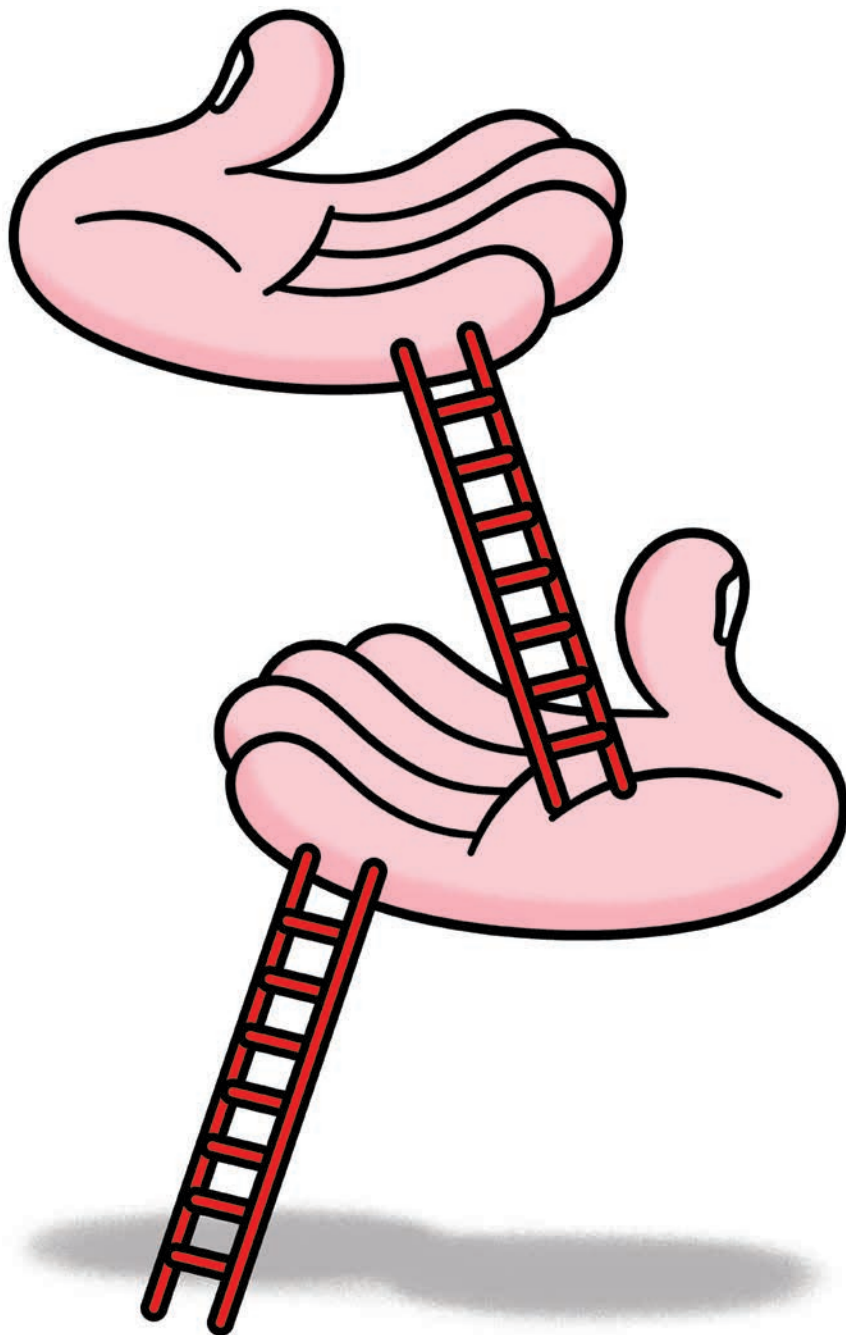
MS Der Schutz von Opfern hat bei allen Interventionen oberste Priorität. Als Justizvollzugsbehörde ist es unsere Aufgabe, dass wir uns politischen Diskursen stellen. Der Strafvollzug ist immer ein Spiegel der Gesellschaft und des Zeitgeists. Doch je evidenzbasierter wir arbeiten, desto besser können wir argumentieren, warum wir etwas tun.

DB Nur bekommt man den Eindruck, dass wissenschaftliche Evidenz immer häufiger weggeschwemmt wird, vielleicht nicht in der Schweiz, aber international. Ich denke da an deutsche Fernsehsendungen, bei denen ein AfD-Politiker und ein hochdekoriertes Wissenschaftler sitzen, und beides wird als gleichwertig verkauft, das Bauchgefühl und evidenzbasiertes Wissen. Das Schlachtfeld da draussen wird gerade wieder geöffnet für alternative Formen von Legitimationen. Ich beobachte diese Entwicklung nicht ohne Sorge. ✕

Den Sozialbereich besser vernetzen

Dank der neuen Plattform Zürich Sozial lassen sich gesellschaftliche Trends früh erkennen und gemeinsam anpacken.

Text: SERGIO GEMPERLE und FIONA GISLER
Illustration: ARNE BELLSTORF



Im vergangenen Jahr hat die Teuerung weiter zugenommen, wenn auch weniger stark als im Vorjahr. Im September stand der Landesindex der Konsumentenpreise um 1,7 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Auf Anfang Dezember stieg zudem der mietrechtliche Referenzzinssatz zum zweiten Mal und drohte, die bereits angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt nochmal deutlich zu verschärfen. Und zwar so sehr, dass sich der Bundesrat gezwungen sah, auf die akute Problematik der steigenden Mieten zu reagieren und gezielte Massnahmen dagegen zu beschliessen.

Gerade Organisationen aus dem Sozialwesen erleben, dass Entwicklungen wie steigende Konsumgüterpreise oder Mieten für ihre Adressat:innen eine grosse Herausforderung darstellen können. Wie Seismografen nehmen ihre Mitarbeitenden in ihrer täglichen Arbeit wahr, wenn ihr Handlungsfeld durch kritische Entwicklungen und Einflüsse mehr oder weniger stark erschüttert wird. In der Folge experimentieren sie mit Strategien und entwickeln Handlungsansätze. Solange diese aber isoliert umgesetzt werden, bleibt ihre Reichweite limitiert und ihr Potenzial kann sich nicht für weitere Organisationen und über verschiedene Handlungsfelder des Sozialbereichs entfalten. Ferner wird aus gescheiterten Ansätzen nicht gelernt, wenn das Wissen darüber nicht geteilt wird.

Hier setzt Zürich Sozial an. Ziel dieses Kooperationsprojekts, das die in den 1970er-Jahren gegründete «Infostelle» ablöst, ist es, den Zürcher Sozialbereich themenbasiert zu vernetzen. Es fördert den fachlichen Diskurs und den Informations-transfer zwischen Personen, Organisationen und amtlichen Stellen mittels einer Online-Plattform. Die Vision ist, dass soziale Organisationen nicht nur voneinander, sondern auch miteinander lernen, so dass dadurch ein Sozialbereich entsteht, der resilienter und innovativer ist.

Im Zentrum der Plattformaktivitäten stehen grosse Trends und Entwicklungen, die das Sozialwesen heute und zukünftig beschäftigen. Zunächst stellt sich die Frage, um welche Trends es sich handelt. Um das zu eruieren, wurde Zürich

Sozial im vergangenen Herbst mit einer breit angelegten Trendumfrage unter allen Organisationen aus dem Sozialwesen des Kantons Zürich lanciert. Die Umfrageteilnehmenden sollten Auskunft darüber geben, welche Entwicklungen oder Trends sie in ihren jeweiligen Handlungsfeldern des Zürcher Sozialwesens beobachten. Die rund 250 Teilnehmenden haben insgesamt 781 verschiedene Themen als Trends vorgeschlagen. Ein Team des Instituts für Sozialmanagement hat sämtliche Vorschläge analysiert und, wo möglich, in übergeordneten Kategorien zusammengefasst.

Daraus resultierten 70 Kategorien von Trends, die auf ein oder mehrere Handlungsfelder zutreffen. Am häufigsten genannt wurde die eingangsgeschilderte verschärfte Lage im Wohnungsmarkt. Hier konkurrieren sich Handlungsfelder wie Asylbereich und Sozialhilfe gegenseitig. Zu den Top-Trends zählen ausserdem die allgemein schwierige Finanzierungslage vieler Organisationen sowie die zunehmenden Herausforderungen im Asylwesen. Des Weiteren gehören die mittlerweile in der breiten Öffentlichkeit bekannten Themen des Fachkräftemangels und der Chancen und Risiken der beschleunigten Digitalisierung zu den fünf meistgenannten Trends.

Digitalisierung entlastet Betrieb

Die drei letztgenannten Trends – Asylwesen, Fachkräftemangel und Digitalisierung – gehören ausserdem zu einer Gruppe von sechs Trendbereichen. Diese wurden in einer vorangehenden Literaturstudie identifiziert und umfassten zudem eine sich verschärfende soziale Ungleichheit, wachsende Unsicherheit sowie Selbstbestimmung und Klient:innenorientierung. In der Umfrage schätzten die Teilnehmenden deren Relevanz für den Sozialbereich des Kantons Zürich separat ein. All diese Trendbereiche wurden mit einer Zustimmung zwischen 60 und 80 Prozent als eher relevant oder hoch relevant eingestuft. Nuancen ergaben sich allerdings, wenn detailliertere Fragen gestellt wurden. So wurde beispielsweise die zunehmende Digitalisierung des

Sozialbereichs zwar als Chance wahrgenommen, dies jedoch vor allem im Sinne einer Entlastung bei betrieblich-administrativen Aufgaben und weniger bezüglich erweiterten Interaktionsmöglichkeiten mit den Adressat:innen. In anschliessend durchgeführten Fokusgruppeninterviews priorisierten die Fachpersonen an erster Stelle den Trendbereich der zunehmenden sozialen Ungleichheit, gefolgt vom Fachkräftemangel und dem Migrations-/Asylwesen. Dabei hat sich bestätigt, dass Sozialarbeitende frühzeitig Entwicklungen wahrnehmen, welche ihre Klient:innen beeinflussen. Gerade Lücken in der Versorgungslandschaft oder die effektive Umsetzung von neuen Vorgaben erfassen sie schnell.

Überblick dank Trend-Monitor

Diese Erkenntnisse fliessen nun in den Trend-Monitor 2024 ein. Der Trend-Monitor basiert auf dem Austausch zwischen Akteur:innen aus dem Sozialwesen des Kantons Zürich mithilfe eines eigens dafür entwickelten digitalen Beteiligungsformats, mit dem kollektiv Inhalte erstellt werden können. Im Trend-Monitor können die Teilnehmenden die wichtigsten Trends aus der Umfrage tiefergehend diskutieren, umformulieren oder auf ihr Handlungsfeld adaptieren sowie eigene neue Trends eingeben, die sie beschäftigen. Das Resultat ist ein Überblick über die aktuellen Trends im gesamten Sozialbereich unter Berücksichtigung der zahlreichen Handlungsfelder.

Die Ergebnisse des Trend-Monitors bestimmen die Inhalte der Trend-Spotlights. Mit diesen wird der thematisch-fachliche Austausch gefördert, indem die wichtigsten Brennpunkte über thematische Dossiers mit verschiedenen Angeboten wie beispielsweise Experten-chats vertieft werden. Zum Abschluss des sich jährlich wiederholenden Zyklus von Trend-Monitor und Trend-Spotlights findet im Herbst 2024 das erste Reallabor statt: eine Veranstaltung, bei der Beteiligte aus Praxisorganisationen, aus kantonalen und kommunalen Behörden sowie der Hochschule mögliche Handlungsansätze zu den wichtigsten Trends entwerfen werden. X

Die verschärfte Lage im Wohnungsmarkt wurde in einer Umfrage unter allen Organisationen am häufigsten als Trend genannt.

SERGIO GEMPERLE und FIONA GISLER sind Wissenschaftliche Mitarbeitende des Instituts für Sozialmanagement. Sie leiten das Kooperationsprojekt Zürich Sozial, das die ZHAW mit dem Kantonalen Sozialamt Zürich durchführt.



Ungeklärte Herkunft

Viele Schweizer Paare adoptierten ab den 1970er-Jahren bis in die 1990er-Jahre Kinder aus dem Ausland. Eine Analyse der Akten zeigt, dass die Behörden von teilweise illegalen Praktiken wussten.

Text: NADJA RAMSAUER, RAHEL BÜHLER und KATJA GIRSCHIK

In den Medien wurde es als «Skandal» bezeichnet: Vor vier Jahren ergab eine Untersuchung der ZHAW, dass Schweizer Behörden nicht genau hin- oder sogar weggeschaut hatten, als ihnen bei Adoptionen von Babys aus Sri Lanka mangelhafte oder gefälschte Dokumente vorgelegt wurden. Nach Bekanntwerdung dieser eklatanten Missstände bat die Schweizer Regierung im Dezember 2020 die betroffenen Personen um Entschuldigung.

Anschliessend beauftragte der Bundesrat die ZHAW mit einer Bestandsaufnahme zu den Unterlagen im Schweizerischen Bundesarchiv, da seit den 1980er-Jahren nicht nur Kinder aus asiatischen Ländern, sondern vermehrt auch aus Südamerika und Osteuropa in die Schweiz vermittelt wurden. Diesmal sollten exemplarisch Akten zu Bangladesch, Brasilien, Chile, Guatemala, Indien, Kolumbien, Korea, Libanon, Peru und Rumänien gesichtet werden. Die Analyse ergab, dass die schweizerischen Behörden und Vertretungen in den Herkunftsländern der Kinder über Hinweise auf illegale Adoptionspraktiken verfügten. Wenn in einem Land Kinderhandel bekannt wurde, mahnte etwa das damalige Bundesamt für Ausländerfragen zu Vorsicht und pochte auf die Einhaltung der Gesetze und Richtlinien, deren Umsetzung bei den Kantonen lag. Die Behörden sahen sich ihrem Kompetenzbereich entsprechend nur für einen Teil der Abläufe zuständig. Ausschlaggebend für diese Haltung waren die komplexen Verfahren mit vielen Involvierten, die kaum zu

kontrollieren waren. Zudem herrschte ein gesellschaftlich abgestützter Konsens sowohl bei Behörden, Vermittler:innen wie auch Adoptiveltern, dass es die adoptierten Kinder in der Schweiz besser hätten als im Herkunftsland. Und nicht zuletzt reagierten die Behörden pragmatisch auf die stets hohe Nachfrage der adoptionswilligen Paare, indem sie ihren Wunsch noch höher gewichteten als die Interessen der Adoptivkinder und ihrer Eltern.

Handel mit «Pseudo-Waisen»

Von Gesetzes wegen musste ein Kind verwaist oder verlassen sein, um in der Schweiz adoptiert werden zu können. Lag bei der Einreise in die Schweiz keine ausreichende Dokumentation zur bisherigen Lebensgeschichte des Kindes vor, gingen die Behörden beim Bund und in den Kantonen in der Regel davon aus, dass das Kind verlassen war. Diese Annahme führte dazu, dass die Herkunft der Kinder in solchen Fällen nicht gründlich abgeklärt wurde. Manchmal hatten die schweizerischen Botschaften und Konsulate in den Herkunftsländern der Kinder sogar Kenntnis davon, dass vermeintliche Waisenkinder noch immer Eltern hatten. In Korea etwa sprach der schweizerische Geschäftsträger von Handel mit «Pseudo-Waisen».

Das Bundesamt für Ausländerfragen und das Bundesamt für Justiz machten untereinander wiederholt zum Thema, dass viele adoptionsinteressierte Paare ohne die Hilfe offizieller Vermittlungsstellen auf eigene Verantwortung im Ausland ein Kind suchten. Solche Paare um-

gingen manchmal die Einreiseformalitäten und brachten die Kinder ohne Bewilligung der Fremdenpolizei oder ohne gültigen Pass in die Schweiz. Adoptionswillige, die sich selbst im Ausland um ein Kind bemühten, kamen unter Umständen, so die Vermutung der Bundesbehörden, auch in Kontakt mit Kinderhandel. Die schweizerischen Behörden waren wiederholt mit fehlerhaften, lückenhaften oder gefälschten Dokumenten konfrontiert, wenn zum Beispiel künftige Adoptiveltern im Geburtsschein der Kinder als leibliche Eltern eingetragen wurden, was etwa in Brasilien verbreitet war. Teilweise fehlten wichtige Informationen wie das Geburtsdatum des Kindes, Angaben zur leiblichen Mutter oder die elterliche Zustimmungserklärung. Für Chile und Brasilien gibt es Korrespondenzen im Bundesarchiv zu Fällen, in denen eine Geburt vorgetäuscht wurde, ein fremdes Kind als leibliches ausgegeben wurde und Einträge ins Zivilstandsregister gefälscht oder erkauft wurden. Die Behörden beim Bund und in den Kantonen hatten teilweise auch mit Schweizer Vermittler:innen zu tun, die unter ungeklärten Umständen Kinder in die Schweiz brachten.

Distanz schaffende Aktensprache

Waren die schweizerischen Vertretungen in ihrem Residenzland mit Kinderhandel konfrontiert, reagierten sie oft zurückhaltend. Sie hoben hervor, dass sie die Instruktionen seitens des Bundesamts für Ausländerfragen und des Bundesamts für Justiz einhalten würden und im Ausland nicht viel bewirken könnten. Manchmal



**Meistens standen
Presseberichte über
Fälle von Kinderhandel
am Anfang einer
behördlichen Reaktion.
Beweise zu sammeln,
sei schwierig gewesen –
steht in den Akten.**

gaben sie den Fall zurück an die Bundesbehörden oder forderten bei ihnen Anweisungen ein. Zur zurückhaltenden Reaktion auf Kinderhandel gehörte auch eine Distanz schaffende Aktensprache. In Kolumbien wurde der Verkauf von Kindern in einem Schreiben an die Bundesbehörden verharmlosend als «selbst für kolumbianische Verhältnisse staunenenerregend» bezeichnet, in Peru sprach das Botschaftspersonal von «Schwierigkeiten», als es um Kinderhandel ging. Oft wurde der Wortsatz für Kinderhandel in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt: Im Fall von Kolumbien sprach ein Mitarbeiter des Bundesamts für Justiz in einem Schreiben an die schweizerische Botschaft in Bogotá von «Adoptionen und <Adoptionen>», in einer Aktennotiz der schweizerischen Botschaft in Peru wurde die «illegale <Kinderausfuhr>» erwähnt. Nur selten recherchierten die Botschaften von sich aus zum Thema Kinderhandel und schickten entsprechende Berichte an die zuständigen Bundesbehörden, wie dies beispielsweise in Indien oder Korea geschah.

Gesamtbild fehlt

Meistens standen Presseberichte über Fälle von Kinderhandel am Anfang einer behördlichen Reaktion. Das Bundesamt für Ausländerfragen und das Bundesamt für Justiz baten die Vertretungen im Ausland, abzuklären, ob die Schweiz involviert war, so etwa in Kolumbien, als 1981 in der Hauptstadt Bogotá ein Kinderhandelsring aufgedeckt wurde. Die Medienberichte zum Kinderhandel rissen in Brasilien, Guatemala oder Peru über einen langen Zeitraum hinweg nie ab. Das Wissen über unseriöse Vermittler:innen und Anwält:innen entstammte meistens diesen Medienberichten, selbst Beweise vor Ort zu sammeln, sei aber für die schweizerischen Vertretungen schwierig gewesen, gaben sie in den Akten an. Auch zum Beispiel über ein Kinderheim im Libanon, das keine Unterlagen zur Herkunft der Kinder aufbewahrte, fand die Botschaft wenig heraus, als sie im Jahr 2000 mit Anfragen von Adoptierten konfrontiert war, die ihre Herkunft ergründen wollten. Sie beschränkte sich

allerdings darauf, nur die katholischen Schwestern zu befragen, die das Heim führten. Schliesslich gab es strukturelle Faktoren, die illegale Adoptionspraktiken begünstigten, etwa Sprachbarrieren. So beherrschte die Belegschaft der Schweizer Botschaften in Indien oder Korea die Landessprache nicht, sondern kommunizierte mit lokalen Behörden auf Englisch. Erschwert wurde die Situation, wenn – wie in Indien – föderale Strukturen mit lokal unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen vorherrschten oder als der politische Umsturz von 1989 in Rumänien beispielsweise vorübergehend einen rechtsunsicheren Zustand herbeiführte. Kinderhandel war auch nach dem Ceausescu-Regime in den 1990er-Jahren verbreitet, ebenso in Chile nach dem Sturz von Diktator Pinochet 1989.

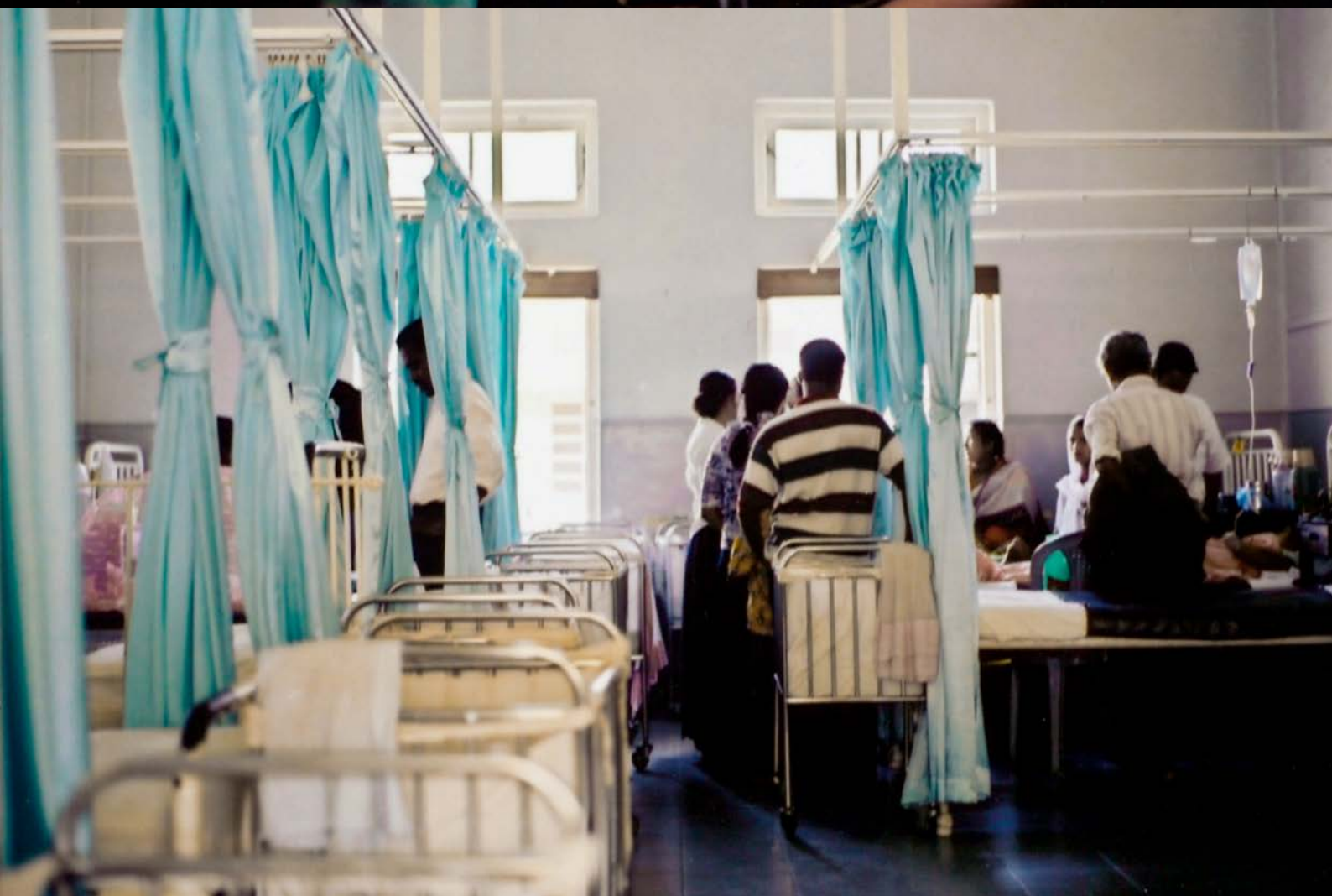
Ein Gesamtbild zur Geschichte der Auslandsadoptionen in der Schweiz fehlt. Durch die Sichtung der ZHAW von Dokumenten aus zehn Ländern zeichnet sich ab, dass es vielerorts illegale Praktiken gab und sich die schweizerischen Behörden mit zahlreichen Vollzugsproblemen bei den Auslandsadoptionen befassen mussten. Studien zu den Kantonen und den Vermittler:innen fehlen weitgehend. Sie könnten wesentlich dazu beitragen, dieses Kapitel in der Geschichte der Schweiz aufzuarbeiten.

Zudem braucht es mehr Wissen zu den Motiven der Adoptiveltern, da ihre grosse Nachfrage nach Kindern aus dem Ausland das Geschehen stark beeinflusste. Im Zentrum von künftigen Studien sollten auch die adoptierten Kinder stehen, wie Interessenvertretungen wie Back to the Roots betonen. Wie hat die Adoption ihr Aufwachsen in der Schweiz beeinflusst? Welche Auswirkungen hat ihre Herkunftssuche, die durch falsche oder lückenhafte Dokumente erschwert ist, auf sie? Dies alles sollte untersucht werden. Der politische Prozess in der Schweiz, der eine angemessene Anerkennung ihres erfahrenen Leids zum Ziel hat, kommt gerade erst in Gang. Eine umfassende historische Aufarbeitung der Inlands- und Auslandsadoptionen in der Schweiz im 20. und 21. Jahrhundert bildet dafür die Grundlage. ✕

NADJA RAMSAUER, RAHEL BÜHLER und KATJA GIRSCHIK untersuchten im Auftrag des Bundesamts für Justiz Unterlagen im Schweizerischen Bundesarchiv, die Hinweise auf illegale Adoptionen von Kindern aus zehn Herkunftsländern in die Schweiz von den 1970er-Jahren bis in die 1990er-Jahre geben.

CARMELA HARSHANI ODONI wurde 1980 in Colombo geboren und als Baby von einem Luzerner Ehepaar auf offiziellem Weg adoptiert. Im Jahr 2004 reiste die Fotografin nach Sri Lanka, um ihre leiblichen Eltern ausfindig zu machen. Die Bilder zu diesem Artikel stammen von Odonis Suche.







«Elternwerden ist ein brutaler Einschnitt», sagt Väterberater Marcel Kräutli.

Der Papiflüsterer

Früher verkaufte er SBB-Reisen, nun ist ZHAW-Absolvent Marcel Kräutli einer der ersten Väterberater der Schweiz.

Text: MIRKO PLÜSS Foto: NOËLLE GUIDON

St. Gallen, in der Nähe des Bahnhofs. Im Wartezimmer des Ostschweizer Vereins für das Kind liegen Holzspielzeuge, daneben stehen Bäbiwagen und ein Bauernhof. Auf Regalen sind Flyer und Ratgeber drapiert. «Familienplanung», «Stillberatung», «Kinder-Notfälle» – und: «Von Mann zu Mann: In der Vaterrolle wachsen.» Letzteres ist das Feld von Marcel Kräutli. Der 48-Jährige ist eine Rarität – einer von ganz wenigen Väterberatern in der Schweiz. Er empfängt den Besuch mit einem herzlichen Lächeln. Das Gespräch muss über Mittag stattfinden – Kräutlis Zeit ist rar. Mit seinem 40-Prozent-Pensum berät er pro Woche mehrere Männer, vor Ort, übers Vätertelefon, per Mail oder an Workshops. Das Angebot ist gefragt. Im ersten Jahr des Bestehens waren es 80 Beratungen von Mann zu Mann, im zweiten Jahr bereits 300.

Das Gefühl der Väter, nicht zu genügen

Kräutli hat im Ostschweizer Verein für das Kind nur Kolleginnen. Warum braucht es ihn? «Heute wird von Vätern so viel verlangt wie noch nie: Sei als Elternteil so involviert wie möglich, im Geschäft der Performer, pflege deine Freundschaften und sei bitteschön auch noch attraktiv und sexuell aktiv», sagt Kräutli. «Dass für das Reflektieren dieser enormen Spannungsfelder eine männliche Perspektive hilfreich ist, finde ich eigentlich selbstverständlich.» Im Gespräch zeigt sich der Väterberater redigewandt und zugleich als aktiver Zuhörer. Er lebt im Toggenburg und ist auch privat in einer nicht alltäglichen Rolle. Mit seiner Partnerin, ebenfalls Sozialarbeiterin, hat er eine achtjährige Tochter. Als sozialpädagogische Pflegefamilie nehmen sie fremdplatzierte Kinder auf. Derzeit lebt ein sechsjähriges Mädchen im Haushalt. Kräutli und seine Partnerin waren einst in einem alten Bus 14 Monate lang durch Afrika gefahren und haben dann Soziale Arbeit an der ZHAW studiert. Ihren Lebensentwurf machten sie gleich zum gemeinsamen Bachelorprojekt: «Wir versuchen, uns alles fifty-fifty zu teilen. Die Erwerbsarbeit, die Care-Arbeit und die sozialpädagogische Arbeit zu Hause.»

Die obligate Frage: Muss man unbedingt selber Vater sein, um andere Väter beraten zu können? Kräutli wägt seine Antwort wie immer ab: «Es ist auf jeden Fall klar, dass es für viele beratene Väter eine Rolle spielt, dass auch ich meine Erfahrungen gesammelt habe», sagt er. «Die Frage stellt sich in der Sozialen Arbeit ja ganz grundsätzlich: Wie viel Persönliches lasse ich in Beratungen einfließen? Ich bin da meistens recht zurückhaltend und biete persönliche Erfahrungen als eine Möglichkeit unter vielen an.» Die Männer, die sich von Kräutli Unter-

Professionalität, die

[Pro|fes|si|o|na|li|tät]

stützung holen, kommen aus unterschiedlichen Familienmodellen und sozialen Schichten. Ihre Sorgen einen sie. «Sie fragen mich nicht, wie viel Gramm Milchpulver es pro Schoppen braucht – was meine Kolleginnen von der Stillberatung ohnehin besser beantworten können», erzählt Kräutli. «Vielmehr sind es psychosoziale Themen. Weit verbreitet ist unter Vätern das Gefühl, nicht zu genügen.»

Häufiges Thema: das Leben als Paar

Oft sei ein starker Leidensdruck da. Familie, Beruf, Hobby, Paarbeziehung und die Ansprüche an sich selber. Mittels Auslegeordnung kommt man dann den Knackpunkten auf die Schliche. Kräutli erarbeitet mit den Vätern Handlungsvorschläge. Gemeinsam werden diese ein paar Tage oder Wochen später überprüft. «Es muss danach nicht alles perfekt sein, aber genügend gut, damit niemand mehr darunter leidet.» Das Angebot ist freiwillig und niederschwellig, nur ein sehr kleiner Teil der Männer wird beispielsweise von der KESB zu einem Besuch verpflichtet. Oft geht es bei den Beratungen um Paarthemen. «Elternwerden ist für Frauen und Männer ein brutaler Einschnitt und hat das Potenzial, einen so richtig durchzurütteln», sagt Kräutli. «Da müssen sich beide erst wieder finden.» Bei der Organisation liege es ihm fern, den Paaren etwas vorschreiben zu wollen: «Wenn ein Mann 100 Prozent auswärts und die Frau 100 Prozent zu Hause arbeiten will, dann kann das stimmig sein – und andersrum genauso», sagt Kräutli. «Wichtig ist einzig, dass das Ganze verhandelt wurde und vor allem weiterhin verhandelbar bleibt.»

Soziale Arbeit ist seine Zweitausbildung, doch Berater ist Kräutli schon ein Berufsleben lang. Früher verkaufte er als ÖV-Kaufmann Reisen an SBB-Kund:innen. Im Hinblick auf seine Stelle als Väterberater hat er sich in genderreflektiertem Arbeiten mit Vätern weitergebildet. «Es ist bei der Elternberatung wichtig, das soziale Geschlecht mitzudenken», sagt er. «Was hat es mit meiner Sozialisation als Mann zu tun, wie ich mich in gewissen Situationen als Vater verhalte? Wie gehe ich mit Ängsten, Ungeduld oder Wut um?»

Seine Arbeit sei nicht nur Hilfe in der Not, sondern auch Prävention: «Involvierte Papis können Rollenvorbilder für die nächste Generation sein. Wenn die Kinder sehen, dass es nicht nur den Spass-Papi sondern auch den Kümmer-Papi gibt, der auch sorgen, putzen und kochen kann, dann ist das eine wichtige Ressource fürs ganze Leben.» Irgendwann werde so auch unsere Gesellschaft verändert, sagt Kräutli, überlegt und schiebt nach: «Aber das braucht noch mal ein bisschen Zeit.»

Ist die Soziale Arbeit eine Profession auf Augenhöhe mit «klassischen» Professionen wie Medizin, Jurisprudenz und Theologie? Oder darf sie sich nur «Semiprofession» nennen? Was kennzeichnet Professionalität in der Sozialen Arbeit? Diese und ähnliche Fragen bestimmen seit Jahren den wissenschaftlichen Diskurs. In der Praxis schwingen sie insbesondere dort mit, wo die Soziale Arbeit interdisziplinär mit anderen Professionen zusammenarbeitet.

Was aber hat es mit dem Begriff der Profession, der Professionalität eigentlich auf sich? Das französische Wort «profession» bezeichnet etwa ab dem 16. Jahrhundert ganz allgemein das Gewerbe und den Beruf einer Person. Geht man historisch weiter zurück, erschliesst sich für die Soziale Arbeit mehr. Das lateinische Wort «professio» beschreibt ein öffentlich abgegebenes Bekenntnis, etwa zu eigenen Überzeugungen und Werten. Die christlichen Ordensgemeinschaften pflegen diese Begrifflichkeit nach wie vor: Nonnen und Mönche legen zum Ende des Noviziats die sogenannte «Profess» ab – ein oder mehrere Ordensgelübde, mittels derer man sich feierlich zu den zentralen Regeln des Zusammenlebens der jeweiligen Gemeinschaft bekennt.

In diesem Sinne kann Professionalität in der Sozialen Arbeit verstanden werden als ein Bekenntnis zu und als eine permanente Orientierung an einem definierten Selbstverständnis und damit verbundenen Werten. Werte, wie sie die «Global Definition of Social Work» der International Federation of Social Workers oder der «Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz» des hiesigen Berufsverbands AvenirSocial beschreiben. Daraus abzuleiten, die Soziale Arbeit habe als Profession ganz allgemein eine Art expertokratische Allzuständigkeit für das Soziale, greift jedoch zu kurz. Der 2013 verstorbene Sozialpädagoge Burkhard Müller verweist in diesem Zusammenhang auf drei Bedingungen einer professionellen Ethik der Sozialen Arbeit, nämlich erstens das bewusste Einlassen auf die Alltagsprobleme der Adressat:innen, zweitens das Anerkennen ihrer Entscheidungskompetenzen und die damit verbundene Notwendigkeit zur partizipativen Aushandlung sowie drittens die Akzeptanz, dass die Soziale Arbeit «in ihrem Erfolg von anderen Instanzen (z.B. Schule, Arbeitsmarkt, ökonomische Lage etc.) abhängig ist», welche im Zweifelsfall für die Lebensperspektiven der Adressat:innen wirkmächtiger sind als die Soziale Arbeit selbst.

Von MARTIN BIEBRICHER,
Co-Leiter des Bachelorstudiengangs
Soziale Arbeit an der ZHAW



Mehr zum Bachelorstudium
in Sozialer Arbeit:



Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg

Text: URSINA SALZGEBER

Artwork: IRA BOLSINGER



Mein Praktikum bei SME e.V. in Hamburg begann im Februar 2023 mit einem Teamwochenende. Für mich war das ein idealer Start, denn so war ich quasi ab Tag eins mitten im Geschehen und gut vernetzt. Das war auch nötig, denn mir wurde (auf Wunsch) schnell viel Verantwortung übergeben. Als Bezugsperson begleitete ich die ganze Zeit über vier bis fünf Jugendliche.

«SME» steht für «stadtteilbezogene, millieunahe Erziehungshilfen» und «e.V.» für «eingetragener Verein». Der Name ist Programm. Seit der Gründung 1979 ist SME als gemeinwesenorientiertes Jugendhilfezentrum im Schanzenviertel mitten in Hamburg verankert und bietet verschiedene stationäre, teilstationäre und ambulante erzieherische Hilfen für Kinder und Jugendliche an. Die jungen Menschen leben in der unmittelbaren Umgebung des Jugendhilfezentrums, entweder allein oder in WGs, und werden von einer Bezugsperson individuell begleitet. Ergänzt wird diese Begleitung durch Gruppenangebote, die vor dem Hintergrund des sozialen Lernens einen sinnvollen Teil des Betreuungssettings ausmachen.

Bedarfs- und Sozialraumorientierung wird bei SME grossgeschrieben. Die Strukturen verfügen über die nötige Flexibilität, die in individuell verhandelbaren Möglichkeiten ihren Ausdruck finden. Das ist auch notwendig, denn meine Arbeitstage waren nie identisch und geprägt von vielen Aushandlungen mit den Jugendlichen über Dinge ihres

Alltags. Meine Arbeitswoche habe ich nach der Lebenswelt meiner Bezugsjünglichen ausgerichtet. Gefüllt waren Tage beispielsweise mit folgenden Aktivitäten: Ich begleitete Jugendliche zu Gerichtsverhandlungen, führte Gespräche und begleitete sie in der Wohnungs- und Jobsuche, half bei Umzügen zu oder weg von SME und ich war Teil der Beziehungspflege im Rahmen eines gemeinsamen Abendessens auf dem Kiez. Ich motivierte und unterstützte Jugendliche bei kleinen und grösseren Sorgen, zum Beispiel begleitete ich sie nachts in die Notaufnahme oder gab Schlüssel aus, wenn ihr eigener Hausschlüssel unauffindbar war. Dazu kamen Boulderangebote für Jugendliche und so weiter.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist in Deutschland auf Bundesebene geregelt und auch sonst anders ausgestaltet als in der Schweiz. Mich innerhalb eines

neuen Systems zurechtzufinden, war zugleich herausfordernd wie auch motivierend. Es war für mich ein ständiges Learning by Doing, im Rahmen dessen mich die sehr hilfsbereiten und netten Arbeitskolleg:innen unterstützten.

Die Erfahrungen, die ich bei sme sammeln konnte, bleiben für mich unbezahlbar. Auf der Metaebene sehe ich das Fallverstehen als essenziell an. Verstehe ich, worum es wirklich geht? Sich diese Gedanken zu machen, lohnt sich nachhaltig und wird meines Erachtens in der Praxis oftmals noch zu wenig bedacht. Kontinuität muss für die jungen Menschen erfahrbar und von mir als verlässliches

Gegenüber gewährleistet werden. Auch Humor hilft sehr, wenn er denn richtig eingesetzt wird. Und wo beginnt die pädagogische Arbeit? Bei der wertschätzenden Grundhaltung gegenüber den jungen Menschen. Die Anerkennung des Gegenübers ist in meiner Erfahrung gleichermaßen Voraussetzung als auch Beginn jeglicher pädagogisch wertvollen und nachhaltigen Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe.

Nebst qualitativ hochwertiger Sozialpädagogik bietet Hamburg aber noch viel mehr. Von Kulinarikinteressierten über Boulderfreaks, Aktivist:innen und Roller-Derby-Fanatiker:innen – alle kommen in der Hansestadt auf ihre Kosten.

URSINA SALZGEBER ist Bachelorstudentin an der ZHAW Soziale Arbeit. Im Frühling 2023 machte sie ein Praktikum bei SME e.V. in Hamburg. Seit Herbst 2023 arbeitet sie neben ihrem Studium im Wohn- und Tageszentrum Heizenholz.

Was hat eine App mit Sozialer Arbeit zu tun?

Mithilfe von Software oder Datenanalyse kann beispielsweise der Kinderschutz verbessert werden. Möchten Sie mehr erfahren? Dann besuchen Sie unsere Events zu Praxis und Wissenschaft in Sozialer Arbeit.

Agenda

19./20. April 2024	Hack4SocialGood: Interdisziplinäre Ideenwerkstatt für eine digitale Zukunft im Sozialwesen
12. Juni 2024	2. Zürcher Fachtagung Arbeitsintegration
19. Juni 2024	Fachtagung: In dubio pro ...? Zweifel bei Entscheidungen im Kinderschutz
20./21. Juni 2024	Internationales Symposium Decisions, Assessment, Risk and Evidence in Social Work (DARE)
24. Juni 2024	Aktuelle Praxis und Herausforderungen bei der Ausarbeitung und Umsetzung des Vollzugsplans
3. Juli 2024	14. Schweizer Fachtagung über Erscheinungsformen der Jugendgewalt

Jetzt anmelden:





"ALWAYS
REACH FOR THE STARS-
EVEN THOUGH THE NEAREST
IS 40171890000000
KILOMETERS AWAY."

Mehr lesen?
Newsletter abonnieren.

